

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 18. und 19. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2011/2012 vom 23. Januar 2012

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 21.40 Uhr

Vorsitz: D. Schraft (Grüne)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt Beide Sitzungen: Stadtrat St. Fritschi, W. Schurter (CVP)

Traktanden

- 1.* Protokolle der 12./13. und 14./15. Sitzungen
- 2.* 12/001 Wahl von 3 Vollmitgliedern und davon 1 Mitglied in den Vorstand des Vereins Stadtfest 2014
- 3.* 12/002 Wahl eines Vorstandsmitgliedes des Vereins Standortförderung Region W'thur
- 4.* 11/114 Jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 80'000 für die Jahre 2012 - 2015 an den Verein für Aidsprävention und Sexualpädagogik für den Betrieb der Fachstelle "liebesexundsoweiter, aids-info&sexualpädagogik"
- 5.* 11/098 Tandem-Lösung für den Bau der Parkhäuser Teuchelweiher und Lind
- 6.* 10/074 Beantwortung der Interpellation W. Langhard (SVP) betreffend Baubewilligungsverfahren
- 7.* 10/079 Beantwortung der Interpellation F. Künzler (SP), R. Diener (Grüne/AL), L. Banholzer (EVP/EDU) und B. Meier (GLP/PP) betreffend Verkehrskonzept Eschenberg-Bruderhaus
- 8.* 09/070 Antrag und Bericht zum Postulat F. Helg (FDP) und J. Lisibach (SVP) betreffend Wiederherstellung der Busverbindungen von/zu den Zentren der Stadtteile Wülflingen und Töss (nach Aufhebung der Buslinie 8)
- 9.* 10/085 Beantwortung der Interpellation B. Meier (GLP/PP) betreffend Strategie für Smart Grid und Smart Metering
10. 10/127 Beantwortung der Interpellation B. Günthard-Maier (FDP) und F. Helg (FDP) betreffend Strompreis: Ist der Beitrag an die Stadtkasse Zeitgemäss und nützlich?

11. 10/111 Beantwortung der Interpellation W. Schurter (CVP) und D. Oswald (SVP) betreffend Verlustzeiten von öffentlichen Bussen in Winterthur
12. 10/110 Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP/PP) und R. Diener (Grüne/AL) betreffend mehr Biodiversität in Winterthur
13. 10/078 Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (GLP/PP) betreffend Videoüberwachung
14. 11/020 Begründung des Postulats B. Baltensberger (SP), Ch. Benz-Meier (SP), R. Harlacher (CVP), J. Altwegg (Grüne), Ch. Denzler (FDP), K. Cometta (GLP), B. Günthard Fitze (EVP) betreffend mehr Sicherheit im öffentlichen Raum
15. 11/021 Begründung der Motion O. Seitz (SP), J. Altwegg (Grüne/AL), L. Banholzer (EVP) und M. Zehnder (GLP/PP) betreffend Temporeduktionen in Quartieren: Schliessung der Lücken
16. 11/039 Begründung der Motion O. Seitz (SP), A. Steiner (GLP/PP), J. Altwegg (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betreffend mehr Lebens- und Wohnqualität mit Begegnungszonen
17. 10/126 Beantwortung der Interpellation M. Baumberger (CVP) betreffend Erhöhung der Sicherheit von Fussgängerstreifen
18. 11/047 Begründung des Postulats B. Baltensberger (SP), K. Cometta-Müller (GLP/PP), L. Banholzer (EVP), W. Schurter (CVP) und D. Berger (Grüne/AL) betreffend Einführung Nachtspitex
19. 10/094 Beantwortung der Interpellation St. Nyffeler (SVP) betreffend stadträtliche Einschätzung zum Sozialhilfemissbrauch
20. 08/113 Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Auslagerung des Vollzugs der AHV/IV-Zusatzleistungen zur Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Zürich
21. 10/109 Beantwortung der Interpellation M. Meyer (SP), B. Baltensberger (SP) und A. Dauru (SP) betreffend Armut in Winterthur

(* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B09/002 Aydin geb. Demirezen Sengül geb. 1961, türkische Staatsangehörige
2. B11/016 Genc Hasan geb. 1973, türkischer Staatsangehöriger
3. B11/101 Raage Cali Sacdiyo geb. 1976, somalische Staatsangehörige
4. B11/120 Tahiri Ismet geb. 1969 und Ehefrau Tahiri geb. Lahi Fexhrie geb. 1970, mit Kind Tahiri Ardit geb. 1997, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
5. B11/126 Klinaku Ferit geb. 1960, mit Kind Klinaku Leona geb. 2001, kosovarische Staatsangehörige
6. B11/132 Buzhala Fatmir geb. 1984, mit Kind Buzhala Alea geb. 2011, kosovarische Staatsangehörige

7. B11/134 Ghirmai Tedros geb. 1974 und Ehefrau Ghirmai geb. Tzegay Sara geb. 1972, mit Kindern Ghirmai Hermona geb. 2002 und Ghirmai Kokob geb. 2004, eritreische Staatsangehörige
8. B11/136 Vinca geb. Zuta Festime geb. 1978 und Ehemann Vinca Izbi geb. 1978, mit Kindern Vinca Luiza geb. 2001 und Vinca Arton geb. 2003, mazedonische Staatsangehörige
9. B11/137 Balla Laszlo geb. 1958, ungarischer Staatsangehöriger
10. B11/139 Bedzeti geb. Saliji Anita geb. 1982 und Ehemann Bedzeti Malzim geb. 1980, mit Kindern Bedzeti Fjolla geb. 2004, Bedzeti Ajla geb. 2008 und Bedzeti Nejla geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige
11. B11/141 Breymann Achim Walter Wolfgang geb. 1958, deutscher Staatsangehöriger
12. B11/142 Ilijazi Nedzad geb. 1973, mit Kind Ilijazi Haris geb. 2011, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
13. B11/144 Leone geb. Huhtasalo Päivi Kristiina geb. 1966, finnische Staatsangehörige
14. B11/145 Pejzl Ludek geb. 1953, tschechischer Staatsangehöriger
15. B11/146 Sparano geb. Spiess Christine geb. 1963, deutsche Staatsangehörige
16. B11/147 Antonio Jonathan Kafuti geb. 1996, angolischer Staatsangehöriger
17. B11/148 Barzanji Danar geb. 1976 und Ehefrau Barzanji geb. Majeed Niyam geb. 1982, mit Kindern Barzanji Lara geb. 2007, Barzanji Alan geb. 2008 und Barzanji Dilan geb. 2011, irakische Staatsangehörige
18. B11/149 Bischoff Stefan geb. 1974, deutscher Staatsangehöriger
19. B11/150 Fazliji Zeni geb. 1974 und Ehefrau Fazliji geb. Limani Burbuke geb. 1980, mit Kindern Fazliji Albin geb. 2001 und Fazliji Nahile geb. 2007, mazedonische Staatsangehörige
20. B11/152 Öge Robert geb. 1978, türkischer Staatsangehöriger
21. B11/153 Popaj geb. Zhuniqi Sibehate geb. 1965 und Ehemann Popaj Feim geb. 1964, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
22. B11/155 Ahmetaj Fitim geb. 1982, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
23. B11/157 Dacic Avdyl geb. 1961 und Ehefrau Dacic geb. Nikqi Naime geb. 1969, kosovarische Staatsangehörige
24. B11/160 Jaama Faarah Warda geb. 1997, somalische Staatsangehörige
25. B11/162 Muhametaj Vladimir geb. 1972, albanischer Staatsangehöriger
26. B11/185 Cheruparambil Charles, geb. 2000, österreichischer Staatsangehöriger
27. B11/186 Jasiqi Donat geb. 1998, kosovarischer Staatsangehöriger

Ratspräsidentin D. Schraft: begrüsst zur 18. und 19. Sitzung im Amtsjahr 2011/2012.

Mitteilungen

Ratspräsidentin D. Schraft hat dem Landboten die Erlaubnis erteilt zu fotografieren. Verabschiedung: Bruno Sprenger wird im Februar in Pension gehen und betreut heute zum letzten Mal eine Ratssitzung. Die Ratspräsidentin dankt ihm für seine Arbeit. Es hat immer alles tadellos funktioniert. Sie übergibt B. Sprenger ein Geschenk.

Der Rat verabschiedet B. Sprenger mit einem Applaus.

Ratspräsidentin D. Schraft: Am Freitag hat M. Bernhard ein Mail versandt und mitgeteilt, dass Traktandum 4, „jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 80'000 für die Jahre 2012 bis 2015 an den Verein für Aidsprävention und Sexualpädagogik“, verkürzt behandelt wird.

In Bezug auf die Besichtigung der Druckerei wird es eine kleine Änderung geben.

M. Wenger (FDP) freut sich über mehr als 50 Anmeldungen. Die letzten An- oder Abmeldungen sind in der Pause möglich. Die Sitzung wird spätestens um 21.45 Uhr beendet. Für die Ratsmitglieder stehen Getränke bereit. Um 22.00 Uhr startet der Bus beim Stadthaus.

Dringliches Postulat R. Diener (Grüne/AL), Ch. Baumann (SP), A. Steiner (GLP/PP) und L. Banholzer (EVP/EDU) betreffend Veloquerung beim Bahnhof Grüze, Anbindung an Veloschnellroute (GGR-Nr. 2012-003)

Ratspräsidentin D. Schraft: Als erstes wird R. Diener (Grüne) die Dringlichkeit begründen. Danach wird über die Dringlichkeit abgestimmt.

R. Diener (Grüne/AL): In diesem Sommer werden die Agglomerationsprogramme eingegeben – auch aus der Region Winterthur. Neben der Querung Grüze für den öffentlichen Verkehr sind auch die Veloverbindungen und Veloschnellwege ein Bestandteil dieser Programme. Auch im Gesamtverkehrskonzept sind die Veloschnellverbindungen als prioritär klassiert und gehören zu den Vorgaben zum Modalsplitt. Während im Bereich Altstadt bezüglich der geplanten und dringlichen Projekte relativ viel unternommen wird, ist in Neuhegi erstmals das Projekt Querung Grüze für den ÖV vorgestellt worden. Offenbar ist eine Überführung geplant. Diese Querung ist sehr wichtig und dringlich. Deshalb ist es korrekt, dass dieses Projekt mit Hochdruck vorangetrieben wird, weil es für den geplanten Hochleistungskorridor wichtig ist. Genauso wichtig ist ein Projekt für den Veloverkehr. Das fehlt bisher. Deshalb stellt R. Diener die Idee einer Veloquerung vor. Es geht darum, dass die Veloschnellverbindung angepackt wird. Im Veloverkehr bestehen im Bereich Grüze hohe Defizite. Im Agglomerationsprogramm haben die Veloschnellrouten höchste Dringlichkeit. Die Veloschnellverbindung Richtung Altstadt ist dabei am dringlichsten. Im städtischen Gesamtverkehrskonzept (SGVK) steht, dass mit der Planung der Veloschnellverbindungen im Jahr 2011 begonnen werden soll. Gewisse Planungen haben bereits stattgefunden. Damit die Stadt Beiträge aus dem Agglomerationsprogramm erhält, ist es wichtig, dass konkrete Projekte vorbereitet werden und die Umsetzung bereits aufgleist wird. Damit erhöhen sich die Chancen von diesen Geldern zu profitieren. R. Diener will deshalb beliebt machen, die Dringlichkeit zu unterstützen. 1. Im Interesse der Velofahrer. 2. Zur Schonung des städtischen Investitionsbudgets. 3. Für eine möglichst umweltfreundliche Stadt, für die Verkehrszukunft von Neuhegi und für deren die Anbindung an die Altstadt. R. Diener dankt für die Unterstützung.

Ratspräsidentin D. Schraft: Für die Dringlicherklärung müssen zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Im Rat sind 57 Ratsmitglieder anwesend. Notwendig sind 38 Stimmen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit 39 Stimmen zu.

Ratspräsidentin D. Schraft stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wird. Damit wird einzig R. Diener referieren.

R. Diener (Grüne/AL) dankt für die Unterstützung der Dringlichkeit auch im Namen der Mitunterzeichnenden. Die Pläne für die ÖV-Querung in der Grüze überzeugen bei genauerer Betrachtung durchaus. Es gibt gute Gründe eine Überführung zu planen und keine Unterführung, weil es für die Anbindung der Buslinien, wie auch für die Umsteigebeziehungen ideal ist. Im Zwischenbereich kann das Bahnhofareal weiterhin für eine moderne Entwicklung genutzt werden. Das Projekt soll vor allem dem ÖV dienen. Aber auch für den Veloverkehr soll ein Nutzen resultieren. Mit dem vorliegenden Projekt werden aber keine guten Voraussetzungen dafür geschaffen. Zwei Hauptgründe sprechen gegen die Nutzung der Überführung durch den Veloverkehr. 1. Die Höhendifferenz beträgt 5 bis 6 Meter, zudem ist die Rampe relativ steil. Eine Unterführung wäre für den Veloverkehr viel vorteilhafter. Die Höhendifferenz beträgt nur die Hälfte. Dadurch ist eine Unterführung viel attraktiver als eine Überführung. 2. Im Rahmen des Projekts fehlt ein Konzept für den Anschluss an die bestehenden Velowege oder eine Vision wie die Veloschnellroute angebunden werden könnte. Jetzt landen die Velofahrer auf der St. Gallerstrasse, die sehr stark befahren ist. Ein Ziel muss sein, den Verkehr zu entflechten. R. Diener bittet den Stadtrat, erneut über die Bücher zu gehen. Bereits heute besteht die Möglichkeit durch die bestehende Fussgängerunterführung beim Bahnhof Grüze aus dem Bereich Neuhegi Richtung Stadtzentrum zu kommen. Die beiden Rampen sind aber sehr steil. Die Idee ist, dass die Verbindung aufgewertet wird, indem man im Bereich der heutigen Fussgängerquerung eine Ergänzung für die Velos baut mit geschickten Rampen, damit die Querung gut befahren werden kann. Damit wäre der Anschluss an die bestehenden Velorouten gewährleistet. R. Diener möchte anregen, diese Ideen zu prüfen. Vielleicht sind noch ganz andere Varianten möglich, die gerne aufgenommen und geprüft werden. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen und damit die zukünftige Vernetzung von Neuhegi mit der Altstadt in die Wege zu leiten.

Stadträtin P. Pedernana, persönliche Erklärung: Diese Erklärung gibt die Stadträtin im Namen des Stadtrates ab. Das dringliche Postulat rennt offene Türen ein. Der Stadtrat wird sowieso eine Veloquerung prüfen. Es ist dem Stadtrat bewusst, dass die Bedürfnisse der Velofahrenden sehr unterschiedlich sind. Einerseits gibt es diejenigen, die bequem eine Unterführung nutzen wollen. Dafür wäre die bestehende Fussgängerunterführung geeignet. Diese könnte gut ausgebaut werden. Andererseits wollen Velofahrende im gut überwachbaren Raum fahren und bevorzugen die oberirdische Veloquerung. Damit stehen zwei Möglichkeiten offen. Stadträtin P. Pedernana bittet die Ratsmitglieder, das SGVK aufmerksam zu lesen, dieses aber nicht als Geröllhalde für Vorstösse zu nutzen. Es gibt viele Ideen in diesem Konzept, die der Stadtrat ohnehin umsetzen wird, ob der Gemeinderat ein Postulat einreicht oder nicht. Es ist dem Stadtrat klar, dass er rasch eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben muss, die die Zielsetzungen des Agglomerationsfonds berücksichtigen, damit Winterthur davon profitieren kann. Stadträtin P. Pedernana dankt den Ratsmitgliedern für die Unterstützung. Es braucht eine Erschliessung von Neuhegi, sowohl für den motorisierten Individualverkehr wie auch für die anderen Verkehrsträger.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit ist das Postulat überwiesen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Traktandenliste: Das Traktandum 11 wird abgesetzt, weil W. Schurter heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann.
Die Ratspräsidentin begrüsst das neue Ratsmitglied Urs Holenweg (SVP) und wünscht ihm viel Freude im neuen Amt.

1. Traktandum

Protokolle der 12./13 und 14./15. Sitzung

Ratspräsidentin D. Schraft: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag, die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2012/001: Wahl von 3 Vollmitgliedern und davon 1 Mitglied in den Vorstand des Vereins Stadtfest 2014

Ratspräsidentin D. Schraft: Vorgesprochen sind Christa Kern (SVP), Annetta Steiner (GLP), Nik Gugger (EVP) und David Berger (AL). Es stehen aber lediglich 3 Sitze zur Verfügung. Die Ratspräsidentin stellt deshalb den Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf. Der Grund ist, dass in der Vergangenheit das Problem aufgetaucht ist, dass mehr Stimmen abgegeben wurden als zulässig war. Wenn 20 Ratsmitglieder dem Antrag auf Namensaufruf zustimmen, ist der Antrag angenommen. Die Ratspräsidentin lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat: 8 Ratsmitglieder stimmen dem Antrag zu. Damit ist der Antrag auf Namensaufruf abgelehnt.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über die Wahl abstimmen.

Stimmen haben erhalten:

Ch. Kern	50 Stimmen
A. Steiner	20 Stimmen
N. Gugger	49 Stimmen
D. Berger	36 Stimmen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit sind Ch. Kern (SVP), N. Gugger (EVP) und D. Berger (AL) gewählt. Ratspräsidentin D. Schraft gratuliert den Gewählten.

Y. Beutler (SP): Die IFK hat von folgenden zwei Kandidaturen für den Vorstand des Vereins Stadtfest 2014 Kenntnis genommen: Ch. Kern (SVP) und A. Steiner (GLP). Da die Voraussetzung für einen Sitz im Vorstand die Vollmitgliedschaft im Verein Stadtfest 2014 ist, erübrigt sich diese Wahl.

Ratspräsidentin D. Schraft: Der Rat macht keine weiteren Vorschläge. Damit ist Ch. Kern (SVP) in den Vorstand des Vereins Stadtfest 2014 gewählt. Die Ratspräsidentin gratuliert zur Wahl.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2012/002: Wahl eines Vorstandsmitgliedes des Vereins Standortförderung Region Winterthur

Y. Beutler (SP): Die IFK hat von folgenden zwei Kandidaturen Kenntnis genommen: Manuela Gerber (FDP) und Norbert Albl (SVP).

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über die Wahl abstimmen.

Stimmen haben erhalten:

M. Gerber	15 Stimmen
N. Albl	42 Stimmen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Gewählt ist mit 42 Stimmen N. Albl (SVP). Die Ratspräsidentin gratuliert zur Wahl und wünscht viel Freude im Amt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2011/114: (DSO) Jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 80'000 für die Jahre 2012 - 2015 an den Verein für Aidsprävention und Sexualpädagogik für den Betrieb der Fachstelle "liebesexundsoweiter, aids-info&sexualpädagogik"

Ratspräsidentin D. Schraft: Am letzten Freitag wurde von M. Bernhard ein Mail versandt und ein verkürztes Verfahren vorgeschlagen, weil die Kommission dem Betriebsbeitrag einstimmig zugestimmt hat. Es wurden keine Änderungsanträge gestellt.

D. Berger (Grüne/AL): 1992 wurde der Verein Aids-Infostelle gegründet. Er hat sich der Aufgabe gewidmet, vor allem Jugendliche über Aids zu informieren. Auch an Schulen hat der Verein die Aufklärungsarbeit übernommen. Zudem wurde Informationsmaterial erstellt und verteilt, Lehrer fachlich beraten, Betroffenen persönliche oder Angehörigen von Betroffenen Beratung angeboten, Diese Beratungen stehen nicht nur für Jugendliche zur Verfügung, sondern auch für Erwachsene. Der Verein hat ausserdem diverse Projekte angestossen. Mit der Zeit hat sich das Arbeitsfeld verlagert, weil Aids nicht mehr das einzige Thema ist und weil langsam bekannt ist, was diese Krankheit bedeutet und wie man sich schützen kann. 2010 wurde die Stelle umbenannt in «Verein für Aidsprävention und Sexualpädagogik». Damit wurde das Arbeitsfeld definitiv neu ausgerichtet. Neben Aids sind auch andere Geschlechtskrankheiten und die sexuelle Gesundheit Thema. Die Zielgruppe sind noch immer in erster Linie Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren. Die Fachstelle „liebesexundsoweiter“ ist als Verein organisiert. Im Verein sind Winterthur, umliegende Gemeinden, Einzelpersonen sowie Institutionen mit denen zusammengearbeitet wird, vertreten. Finanziert wird der Verein über Mitgliederbeiträge, Sponsoring, Beratungsdienstleitungen und Subventionen. Der Gemeinderat entscheidet über die Subventionen. 1992 hat die Stadt 400'000 Franken gesprochen für die Einrichtung der Fachstelle, sowie für den Betrieb der ersten 3 Jahre. 150'000 Franken wurden für die Einrichtung benötigt, der Rest für den Betrieb. Im Schnitt sind das etwa 80'000 Franken pro Jahr. Danach hat die Stadt weiterhin 80'000 Franken an den Betrieb bezahlt bis im Jahr 2005 eine Kürzung auf 60'000 Franken im Rahmen der win03-Massnahmen erfolgt ist. 2008 wurde der Betrag wieder erhöht. Das hatte diverse Gründe. Einerseits wurde man sich bewusst, dass zwar viele Leute wissen was Aids ist. Die Problematik war aber nicht mehr sehr präsent in den Medien. Die Fachstelle musste vermehrt am Ball bleiben. Diese Arbeit ist unterstützenswürdig. Die Stelle musste viel Energie aufwenden, um Geld zu akquirieren, nicht zuletzt deshalb, weil sie in der Vergangenheit auch einmalige Zuwendungen von anderen Institutionen erhalten hat und nicht darauf setzen konnte, dass diese Gelder weiterhin fliessen. Neben der Stadt

subventioniert auch der Kanton den Verein seit 1995 mit 80'000 Franken und seit 2004 mit 90'000 Franken. Der Gemeinderat entscheidet jetzt für die nächsten 3 Jahre. Ungefähr die Hälfte des gesamten Budgets des Vereins wird durch Subventionen bestritten. Insgesamt belaufen sich die Subventionen auf 170'000 Franken, das Budget 2010 auf 370'000 Franken. Zu Beginn wurden zwei Drittel des Budgets von Subventionen getragen. Die Eigenleistung wurde stark erhöht. Auf Seite 3 der Weisung wird der Aufwand der Fachstelle „liebesexundsoweiter“ in den letzten Jahren mit 354'500 Franken angegeben. Auf Seite 4 wird der Total Aufwand in der Rechnung 2010 mit 372'300 Franken beziffert. Der Grund dafür ist, dass einmal der budgetierte Aufwand und einmal die Rechnung als Grundlage genommen worden ist. Die Kommission ist mit neuem Material versorgt worden. Die Ausgaben sind transparent dargelegt worden. Zwei Drittel der Einsätze an Schulen finden an den Volksschulen statt und sind kostenlos. Die übrigen Einsätze werden verrechnet. In Zürich gibt es ein ähnliches Angebot. Ein Einsatz an den Schulen würde die Stadt zwar weniger kosten, Zürich bezahlt aber viel mehr an dieses Angebot. Die Kommission hat dem Betriebsbeitrag ohne Widerspruch zugestimmt.

Stadtrat N. Galladé dankt der vorberatenden Kommission für die seriöse und wohlwollende Behandlung, dem Referenten für seine gute Schilderung und dem Gemeinderat für die Zustimmung zum Betriebsbeitrag. Es handelt sich offensichtlich um ein unbestrittenes Geschäft. Der Stadtrat freut sich auf das umstrittenere Geschäft, das später behandelt wird.

Ratspräsidentin D. Schraft stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wird. Damit ist der jährliche Betriebsbeitrag von 80'000 Franken für die Jahre 2012 bis 2015 an den Verein für Aidsprävention und Sexualpädagogik für den Betrieb der Fachstelle „liebesexundsoweiter“, aidsinfo & sexualpädagogik bewilligt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2011/098: Tandem-Lösung für den Bau der Parkhäuser Teuchelweiher und Lind

Ratspräsidentin D. Schraft: M. Stauber (Grüne) tritt in den Ausstand, weil sein Ingenieurbüro involviert ist. Vorgestellt wird das Geschäft von F. Helg (FDP), der bis vor drei Wochen Mitglied der BBK war.

F. Helg (FDP): Die Parkhaus-Frage in Winterthur bewegt die Gemüter. Im Vorfeld der heutigen Debatte gab es zahlreiche Beiträge in den Medien, Leserbriefe, Standpunkte von Parteien- und Interessenvertretern haben die Runde gemacht. Das ist aber nicht erstaunlich: Parkplätze beeinflussen den Verkehr, und zwar sowohl hinsichtlich der Menge als auch hinsichtlich des Ortes, wo der Verkehr anfällt. Das hat einerseits eine wirtschaftliche Tragweite: Wirtschaft und Gewerbe sind auf eine gute Anbindung ans Strassennetz angewiesen, was eben auch dazu führt, dass Parkplätze vorhanden sein müssen. Andererseits gibt es auch eine ökologische Tragweite, weil der Verkehr die Umwelt belasten kann. Es leuchtet deshalb ein, dass diese Interessen unterschiedlich gewichtet werden, und dass Emotionen ausgelöst werden. Es ist darum richtig, den Streit auf dem politischen Parkett auszufeuchten und zu einer Entscheidung zu kommen. Ob der heutige Entscheid des Gemeinderates schon endgültig ist, ist momentan ziemlich zweifelhaft. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass auch noch das Volk über eine Referendumsabstimmung Stellung nehmen kann.

Anlass der heutigen Debatte ist letztlich der sogenannte Parkplatz-Kompromiss aus dem Jahr 2001. Der besagt, dass einerseits die oberirdischen Parkplätze gebührenpflichtig sind. Andererseits sollen im Gebiet Teuchelweiher/Zeughaus 560 Parkplätze definitiv zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist die Erstellung von 100 weiteren Parkplätzen durch Dritte rechtlich zu sichern, das alles mit einem Zeithorizont bis spätestens 1. September 2013. Rechtlich ist dieser Kompromiss in der Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund niedergeschrieben. Die erwähnte Gebührenpflicht soll nämlich entfallen, wenn

die Parkplatzkapazitäten nicht bis zum 1. September 2013 geschaffen sind. Zur Erfüllung dieses Parkplatzkompromisses hat der Stadtrat im April 2010 eine Vorlage ausgearbeitet: Ein unterirdisches Parkhaus auf dem Teuchelweiher-Areal mit 630 Parkplätzen; Errichtung über einen Baurechtsvertrag mit einer Investorin, die zum damaligen Zeitpunkt zur Realisierung bereit gewesen wäre. In der Folge ist allerdings Sand ins Getriebe gekommen. Die Investorin ist ins Wanken gekommen, namentlich haben wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle gespielt. Ausserdem ist die Frage thematisiert worden, ob der Standort Teuchelweiher für weitere Parkplatzkapazitäten allein der richtige Ort sei. Die Kommissionsberatungen sind darum ausgesetzt worden, bis Klarheit über das Engagement der Investorin hergestellt werden können. Im November 2010 hat sich die Investorin zurückgezogen. Darum ist heute denn auch beantragt, die damalige Weisung als durch Rückzug erledigt abzuschreiben. Schon im Lauf des Jahres 2010 hat die Parkhaus AG, als Betreiberin des ehemaligen Parkhauses Arch, eine Machbarkeitsstudie für Parkhäuser östlich der Altstadt, also im Bereich zwischen Lind-Turnhallen und Bahnhofplatz vorgelegt. Es haben in der Folge Gespräche zwischen der Stadt und der Parkhaus AG stattgefunden. Das Ergebnis ist die neue Weisung des Stadtrates. Beantragt ist eine Tandem-Lösung mit unterirdischen Parkhäusern Lind bzw. Teuchelweiher mit insgesamt 700 Parkplätzen. Die Stadt würde sich an einer neu gegründeten Neuen Winterthurer Parkhaus AG beteiligen, indem sie den Wert der Baurechte für beide Parkhäuser einbringen würde. In der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) ist das Vorhaben kritisch beleuchtet worden. Das Ergebnis ist ein abweichender Kommissionsantrag: Nur ein unterirdisches Parkhaus Teuchelweiher mit ca. 500 Parkplätzen und eine private Realisierung, d.h. das Bauland würde im Baurecht abgegeben. Ausserdem liegt ein Kommissionsminderheitsantrag vor, der von der FDP eingebracht worden ist: Ein Tandem mit unterirdischen Parkhäusern im Teuchelweiher und Stadtgarten mit insgesamt 620 Parkplätzen, ebenfalls privat realisiert. Zu den Anträgen des Stadtrates und der BBK gibt es einen weiteren Antrag, dass die Gebührenerhebung weiterhin befristet werden soll, bis die Parkhäuser erstellt sind.

Kommissionsberatungen: Die Baukommission hat die Vorlage in vier Lesungen intensiv diskutiert. Es sind schriftlich rund 30 Fragen beantwortet und an den Kommissionssitzungen besprochen worden. Der Verwaltungsratspräsident der Parkhaus AG, Peter Arbenz, ist von der Kommission angehört worden. Ausserdem ist die Problematik, dass für die Variante Lind und Stadtgarten Bäume gefällt werden müssen oder zumindest gefährdet sind, besonders erörtert worden. Die Baukommission hat nämlich noch ein spezielles Gutachten zu dieser Frage eingeholt. Die Baukommission hat also umfassende Grundlage eingefordert, um die Diskussion fundiert zu führen. F. Helg dankt an dieser Stelle namentlich der Stadträtin P. Pedergnana, dem Leiter des Baupolizeiamtes, Fridolin Störi, und dem Leiter der Stadtgärtnerei, Christian Wieland, und auch allen weiteren Beteiligten für ihre intensive und prompte Unterstützung. Es haben sich drei Diskussionsschwerpunkte herauskristallisiert: 1. Wie viele Parkplätze in Parkhäusern braucht es? 2. Wo sind die Parkhäuser zu erstellen? 3. Wie sind die Parkhäuser zu realisieren (rein privat, Beteiligung der Stadt, Stadt allein)? Allerdings ist die Kommission nicht davor gefeit gewesen – das ist selbstkritisch anzumerken –, dass relativ schnell die ideologisch gefärbten Standpunkte durchgebrochen sind, und zwar auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Relativ rasch hat sich gezeigt, dass der Diskussion auch Grenzen gesetzt waren. Aber vielleicht dürfen die Erwartungen nicht zu hoch gesetzt werden. Ein einvernehmlicher Kompromiss ist in dieser Sache wohl nicht zu erreichen. Der heutige Kommissionsantrag basiert auf einem Antrag der SP. Dieser SP-Antrag ist in einer ersten Abstimmung dem Antrag der FDP mit 5 zu 4 Stimmen vorgezogen worden. In einer zweiten Abstimmung ist dann der obsiegende SP-Antrag dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt worden. In dieser Ausmarchung ging der SP-Antrag mit 5 zu 4 Stimmen als Sieger hervor und ist so zum Kommissionsantrag geworden. Die Baukommission beantragt dem Rat darum, dem Parkhaus Teuchelweiher mit ca. 500 Parkplätzen zuzustimmen. Die einzelnen Urheber der Anträge werden in der späteren Debatte noch detaillierter Stellung nehmen. Die Aufgabe des Kommissionsreferenten ist es, den Kommissionsantrag einleitend darzustellen.

Kommissionsantrag: Ziffer 1: Unverändert gegenüber dem stadträtlichen Antrag soll die Weisung vom 14. April 2010 als erledigt abgeschrieben werden. F. Helg hat einleitend die Vorgeschichte beleuchtet. Ein unterirdisches Parkhaus auf dem Teuchelweiher-Areal mit

630 Parkplätzen hat in der damals beantragten Form keinen Investor gefunden. Ziffer 2: Es soll ein unterirdisches Parkhaus mit rund 500 Parkplätzen erstellt werden. Im Gegenzug sind 508 oberirdische Parkplätze aufzuheben. Dabei geht es um 298 Parkplätze auf dem Teuchelweiherplatz, 100 auf dem Viehmarktplatz, 70 auf dem Reitwegplatz und 40 an der Zeughausstrasse. Ausserdem sollen noch Festlegungen zu den Anteilen der verschiedenen Parkplatznutzungen gemacht werden. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht gewesen, dass diese Parkplatzkapazität reicht, und dass die Realisierung von Parkhäusern östlich der Altstadt (Lind und Stadtgarten) unlösbare Probleme mit sich bringen würde. Ziffer 3: Hier wird die Realisierung fixiert. Das Land soll im Baurecht abgegeben werden. Die Stadt ist also nicht am Bau beteiligt. Sie bekommt einen Baurechtszins, der minimal 150 000 Franken pro Jahr beträgt und als Prozentsatz der Mieteinnahmen zu definieren ist. Je mehr das Parkhaus rentiert, desto mehr profitiert die Stadt. Der Einnahmeausfall resultiert auf der Aufhebung der gebührenpflichtigen, oberirdischen städtischen Parkplätze. Der Betrag stützt sich auf Berechnungen des Stadtrates und ist so erhärtet. Per saldo ergibt sich eigentlich genau ein Einnahmeausfall von 312 800 Franken. Weil man aus heutiger Sicht nicht eine haargenaue Berechnung anstellen kann, ist der tolerierte Einnahmeausfall aufgerundet auf 350 000 Franken festgesetzt. Ziffer 4: Hier wird ein Ausstieg der Stadt aus der Beteiligung an der Parkhaus AG statuiert. Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass die Parkhaus-Realisierung durchaus in private Hände gelegt werden kann und es auch in Zukunft keine Beteiligung der Stadt an der Parkhaus AG braucht. Ziffer 5 bleibt unverändert gegenüber dem Stadtratsantrag: Die Befristung der Gebührenerhebung soll jetzt aufgehoben werden. Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit sind die Voraussetzungen erfüllt, bereits jetzt nicht mehr an dem „Pfand“ festzuhalten, weil mit der Zustimmung zur Vorlage der Parkplatz-Kompromiss erfüllt sei. Die Ausgangslage für die heutige Debatte mit detailliert ausformulierten Anträgen ist sicher nicht ganz einfach. Gemeinsam ist allerdings das Bestreben, heute zu einer Entscheidung zu kommen. Das auch im Blick darauf, dass eine rechtskräftige Baubewilligung für ein Parkhaus Teuchelweiher vorliegt, die aber im Frühling 2012 ausläuft. Die Zeit ist reif, mit dem heutigen Gemeinderatsentscheid ein wichtiges Kapitel in der langen Parkhaus-Debatte abzuschliessen, selbst wenn es noch nicht das letzte ist.

Als Fraktionsvertreter will F. Helg den Minderheitsantrag der FDP präsentieren. Für die FDP ist ein kapazitätsmässig gutes und gut erreichbares Parkplatzangebot sehr wichtig. Die Verteilung der Parkplatzkapazitäten auf zwei Standorte scheint ein guter Weg zu sein, weil so der Verkehr von verschiedenen Seiten abgefangen werden kann. Östlich der Altstadt ist der Stadtgarten der richtige Standort. Die Nähe zur Altstadt und auch zu den kulturellen Einrichtungen wie Sammlung Oskar Reinhart, Kunstmuseum und Casinotheater ist so optimal sichergestellt. Das ist ein echter Mehrwert für Winterthur, namentlich für das Gewerbe in der Altstadt, das auf ein nahes Parkplatzangebot angewiesen ist. Darüber hinaus eröffnet diese Variante auch bedeutsame städtebauliche Perspektiven. Bei der Planung der Zu- und Wegfahrt sind durchaus auch Überlegungen vorhanden, mittelfristig die Museumsstrasse tiefer zu legen und so einen attraktiven und zusammenhängenden Fussgängerbereich im ganzen Kulturviertel rund um den Stadtpark zu erreichen. Die Beeinträchtigung des Baumbestandes im Stadtpark ist verkräftbar. Zum einen ist umstritten, wie viele Bäume gefällt werden müssen. Nach der Planungsstudie der Parkhaus AG ist es ein einziger Baum, nach den Berechnungen der Stadtgärtnerei sind es neun Bäume. Zum andern kann eine Erneuerung des Baumbestandes durchaus auch Chancen eröffnen. Hinsichtlich des Baumbestands schneidet im Übrigen die Variante Stadtgarten sogar besser ab als der Standort Lind.

Ziffer 1: Übereinstimmend mit Stadtrat und Kommissionsmehrheit stimmt die FDP der Erledigung des Vorgänger-Geschäfts zu. Ziffer 2: Die FDP macht den Ratsmitgliedern beliebt, dem vorgestellten Konzept mit den Standorten Teuchelweiher und Stadtgarten zuzustimmen. Beim Standort Teuchelweiher folgt die FDP der vom Stadtrat vorgeschlagenen Kapazität von 300 Parkplätzen. Beim Standort Stadtgarten geht sie von 320 Parkplätzen aus. Diese Anzahl lässt sich gerade noch einigermaßen „baumverträglich“ realisieren. Zugunsten der Realisierung nimmt die FDP in Kauf, die Kapazitäten etwas zu beschränken. Dies wird ausgeglichen durch die äusserst zentrale Lage des Standortes Stadtgarten. Bei der Aufhebung der oberirdischen Parkplätze übernimmt die FDP die plausiblen Zahlen des Stadtrates für seine Variante Teuchelweiher/Lind. Ziffer 3: Die FDP bevorzugt eine private Realisierung. Die Stadt soll das Land im Baurecht abgeben und dafür einen Baurechtszins

erhalten. Ziffer 4: In dieser Ziffer sind die Vorgaben für den Abschluss der Baurechtsverträge enthalten. Der tolerierbare Einnahmeausfall soll auf jährlich höchstens 450'000 Franken beschränkt werden. Diese Zahl ergibt sich wie folgt: Die Einnahmeausfälle aus der Bewirtschaftung der oberirdischen Parkplätze ergibt 714'700 Franken. Das ergibt sich aus der Weisung des Stadtrates zur Tandem-Lösung Teuchelweiher/Lind und zwar 462'800 Franken für 508 Parkplätze im Umfeld Teuchelweiher und 251'900 Franken für die 91 Parkplätze im Umfeld von Sträulistrasse, Liebestrasse und Museumsstrasse. Im Gegenzug erhält die Stadt einen Baurechtszins. Bei der Stadtratsvariante Teuchelweiher/Lind wird von einem jährlichen Einnahmeausfall von 474 000 Franken ausgegangen. Daher ist es realistisch, mit einem sicher sehr gut rentierenden Stadtgarten-Parkhaus, den jährlichen Einnahmeausfall auf 450'000 Franken zu begrenzen. Die FDP geht davon aus, dass effektiv ein um einiges niedrigerer Einnahmeausfall zulasten der Stadt anfällt. Ein minimaler Baurechtszins von rund 260'000 Franken lässt sich mit zwei Parkhäusern sicher erzielen. Ziffer 5: Weil die Parkhäuser oder das Parkhaus mit der Zustimmung erst beschlossen, aber nicht realisiert sind / ist, braucht es eine Weiterführung der Befristung der Gebührenerhebung auch weiterhin. Sie wird erst hinfällig, wenn die Parkhäuser tatsächlich in Betrieb sind. Es braucht diesen Druck, damit es nach der Beschlussfassung von heute auch tatsächlich weiter geht. Das kann man mit einer weiter geführten Befristung erreichen. Das ist das „Pfand“ des Parkplatzkompromisses, das so in modifizierter Form weiter Bestand haben soll. Die Befristung soll beim Antrag der BBK bis zum 31. Dezember 2014 reichen, beim Antrag des Stadtrates zwei Jahre länger bis zum 31. Dezember 2016, weil hier zwei Parkhäuser zu errichten sind. Damit wird genügend Zeit eingeräumt, damit zwei Parkhäuser realisiert werden können. Analoge Unteranträge wird die FDP vorsorglich auch bei den anderen Anträgen stellen, wenn diese Anträge noch bereinigt werden. Die FDP beantragt dem Rat, diesem zukunftsweisenden Antrag zuzustimmen. Er schafft Parkplatzkapazitäten an den richtigen Orten, er nützt dem Gewerbe in der Altstadt und schafft städtebauliche Perspektiven. Winterthur kann damit noch gewinnen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Bisher wurden drei Anträge gestellt – die Tandemlösung des Stadtrates gemäss Weisung, ein Antrag der BBK für ein einziges Parkhaus auf dem Teuchelweiherareal und der Antrag der FDP mit der Tandemlösung Teuchelweiher und Stadtgarten. Es werden keine weiteren Anträge gestellt.

Stadträtin P. Pedergnana: Der Stadtrat hält seinen Antrag aufrecht. Die Stadträtin dankt F. Helg für die sorgfältige Begleitung des Geschäfts und der BBK, dass sie sich so eingehend mit dem Geschäft befasst hat. Der Stadtrat hat die Tandemlösung entwickelt. Ursprünglich war lediglich das Parkhaus Teuchelweiher geplant. Im Auftrag des Parlaments hat der Stadtrat die vorliegende Parkhauslösung entwickelt. Aufgrund der neuen Ideen hat er eine Tandemlösung geprüft und mit viel Einsatz eine Lösung entwickelt, die städtebaulich interessant ist. Es ist eine Chance, die man nutzen sollte. Winterthur wird immer dichter genutzt. Wenn oberirdische Parkplätze aufgehoben werden können und diese unterirdisch gebaut werden, ist das städtebaulich ein Gewinn. Plätze und Fussgängerzonen werden dadurch attraktiver. Das Ziel des Stadtrates ist es, die Autos unterirdisch zu parkieren. Deshalb hält der Stadtrat an seinem Antrag fest.

Ratspräsidentin D. Schraft schlägt vor, die Anträge zu bereinigen. Als erstes stellt sie den Antrag der FDP zur Diskussion, danach den Antrag der BBK. Diese beiden Anträge werden einander gegenübergestellt. Der Sieger wird dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt.

M. Baumberger (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Anliegen des Gewerbes. Die Situation muss aber pragmatisch betrachtet werden – auch in Anbetracht der Abstimmungsergebnisse in der BBK. Ein schneller Zugang zu Parkplätzen in der Altstadt ist wichtig. Die Kundinnen und Kunden sollen nicht lange einen Parkplatz suchen müssen. Damit soll auch der Suchverkehr vermieden werden. Darin sind sich alle einig – Suchverkehr ist schädlich. Zudem soll die Abwanderung von Konsumentinnen und Konsumenten Richtung Glattzentrum und Zürich verhindert werden. Das ist im Sinne aller – die einheimischen Geschäfte sollen unterstützt und die Altstadt soll belebt werden. Aus diesen Gründen war die CVP gegenüber

der Idee der Jungen Altstadt, unter dem Stadtpark ein Parkhaus zu bauen, positiv eingestellt. Diese Möglichkeit wurde in der BBK sehr genau geprüft. Der Stadtgärtner hat aufgezeigt, dass es Probleme geben würde mit den Bäumen im Stadtpark. Auch die Bäume sind ein wichtiges Gut für den Stadtpark. Nichtsdestotrotz wird die CVP den Antrag der FDP unterstützen. Obwohl die Fraktion weiss, dass in Anbetracht der Verhältnisse in der BBK der Antrag kaum angenommen wird. Es ist aber wichtig, als Zeichen gegenüber dem Gewerbe, sich weiterhin genau zu überlegen, wo die Parkplätze erstellt werden müssen, damit das Gewerbe eine gute Bindung zu ihren Kundinnen und Kunden aufrechterhalten kann. In Anbetracht der nur mässig gewerbefreundlichen Mehrheit in der BBK, gemäss deren Antrag kein Parkhaus nördlich der Altstadt gebaut werden soll, wird die CVP als zweite Lösung den gut ausgearbeiteten Vorschlag des Stadtrates unterstützen. Das wäre langfristig eine gute Lösung, die allen Beteiligten dienen und Konfliktpotential in Zukunft verhindern würde. Deshalb ruft M. Baumberger die Ratsmitglieder auf, sich zu überlegen, ob sie wirklich den Antrag des Stadtrates versenken wollen, in Anbetracht des Parkplatzkompromisses, der dann in Frage gestellt wäre. Die CVP unterstützt den Antrag der FDP. Bei einer Ablehnung des FDP Antrags unterstützt die CVP den Antrag des Stadtrates. Den Antrag der BBK unterstützt die Fraktion nicht.

W. Langhard (SVP): Es handelt sich um ein riesiges Geschäft. In der BBK haben einige Sitzungen stattgefunden und es wurden verschiedene Varianten geprüft. W. Langhard hält fest, dass der Stadtrat im November 2010 die BBK darüber in Kenntnis gesetzt hat, dass Nachverhandlungen mit der potentiellen Investorin gescheitert sind. Zum gleichen Zeitpunkt hat die Parkhaus AG die Befürchtung geäussert, dass ein Parkhaus Teuchelweiher mit 470 Parkplätzen nicht rentabel betrieben werden kann. Im Mai 2011 hat der Stadtrat beschlossen, eine neue Lösung vorzuschlagen. Er hat von der Parkhaus AG das Tandem Konzept aufgenommen und ist zum Schluss gekommen, dass ein Parkhaus im Bereich Teuchelweiher mit 300 Plätzen und eine Variante Lind oder Stadtpark mit 400 Plätzen ideal wäre. Der Stadtrat hat sich für die Standorte Teuchelweiher und Lind entschieden. Die SVP ist der Meinung, dass ein Parkhaus unter dem Stadtpark nur schwer realisiert werden kann – in politischer und städtebaulicher Hinsicht. W. Langhard hat sich stark gemacht für den Antrag des Stadtrates. Die BBK hat sich in vier Lesungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Man muss aber berücksichtigen, dass in Winterthur mit einem sehr hohen Wachstum gerechnet werden muss. Es wird mit einer Zunahme von ca. 20'000 Bewohnerinnen und Bewohnern in den kommenden Jahren gerechnet. Nicht alle werden ausschliesslich mit dem ÖV, dem Velo oder zu Fuss unterwegs sein. Sie werden auch mit dem Auto in die Stadt fahren. Deshalb werden mehr Parkplätze benötigt. Die Altstadt soll belebt bleiben und das Gewerbe soll berücksichtigt werden. Das Bevölkerungswachstum führt zu mehr Verkehr und es kann nicht sein, dass man partout erklärt, dass alle auf den ÖV umsteigen sollen. Das ist ein Wunschdenken. Man muss auch an die Personen von auswärts denken. Gerade die Aussenwachen haben nach wie vor keine anderen Möglichkeiten als mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Seit der Schliessung des Archparkhauses ist das Parkhaus Bahnhof meist besetzt. Es fällt auf, dass der Suchverkehr seither zugenommen hat, und dass viele versuchen in den nahegelegenen Quartieren zu parkieren. Man darf sich nicht vor der Realität verschliessen. Die Stadt braucht einen vernünftigen Mix von öffentlichem und privatem Verkehr. Auch der Verwaltungsrat hat sich mit den verschiedenen Standorten befasst und ist ebenfalls zum Schluss gekommen, dass die Variante Teuchelweiher und Lind zu bevorzugen ist. Es kann nicht sein, dass ein Parkhaus im Bereich des Stadthauses durch Bäume, die eventuell gefällt werden müssen, verhindert werden kann. W. Langhard denkt ans Schloss Hegi, dort wurden die schönsten Bäume gefällt für einen Kräutergarten. Das wurde stillschweigend hingenommen. Die Fraktion will eine Tandemvariante. Sie will nicht wie die BBK auf ein Parkhaus ausweichen, weil das fast so wäre, als ob gar kein Parkhaus gebaut würde. Vielleicht ist das auch die Absicht – wenn das Parkhaus nicht rentiert, lässt sich kein Investor finden. Dann wäre der Plan, Parkhäuser zu bauen, gestorben. Das kann es nicht sein. Die SVP wird den Anträgen der FDP zustimmen. W. Langhard nimmt aber an, dass die FDP die Abstimmung verlieren wird. Er appelliert an die Ratsmitglieder dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen, damit eine gute Lösung realisiert werden kann mit den Parkhäusern Teuchelweiher und Lind. Das würde der Bevölkerung der

Altstadt helfen. Die Leute würden zudem weiterhin in der Altstadt einkaufen. W. Langhard hat das Gefühl, dass sich der Gemeinderat mit beiden Varianten – dem Antrag der SP und dem Antrag der FDP – in eine Sackgasse manövriert. Am Ende wird Winterthur ohne Parkhaus dastehen. Deshalb appelliert W. Langhard an die Ratsmitglieder, letztendlich den Stadtratsentscheid gutzuheissen. Diese Weisung wird auch vom Verwaltungsrat mehrheitlich unterstützt. Wenn es ganz schief laufen sollte und heute Abend die Parkhauspolitik fast am Abgrund steht, dann bittet W. Langhard den Stadtrat die Pläne zur Erweiterung des Bahnhofparkhauses aus der Schulblade zu nehmen, die jetzt auf Eis gelegt sind. Mindestens diese Erweiterung um 100 Parkplätze sollte geprüft und eine Baubewilligung erteilt werden.

F. Landolt (SP): Winterthur steht nicht ohne Parkhaus da. Auf der Nordseite gibt es bereits 3 Parkhäuser – nämlich die Parkhäuser Manor, Stadttheater und Axa. Parkhäuser sind im innerstädtischen Kontext ein stark strukturierendes Element und haben eine grosse verkehrspolitische Bedeutung. Sie wirken über lange Zeit. Deshalb ist es wichtig, dass über den Bau von Parkhäusern nachgedacht wird und die Vor- und Nachteile einander gegenübergestellt werden. Die SP hat in der Fraktion und in der Partei darüber nachgedacht und ist zu drei Aussagen gekommen: 1. Die SP lehnt ein zusätzliches Parkhaus im Norden der Stadt ab und zwar aus städtebaulichen und verkehrspolitischen Gründen. Wichtig ist in dieser Beziehung der Begriff Winterthur als Gartenstadt. Winterthur verfügt über einen ansehnlichen Baumbestand. Diesem muss Sorge getragen werden. 2. Dem Parkhaus Teuchelweiher steht nichts entgegen. Aber es soll auf privater Basis betrieben, respektive gebaut werden. Die Stadt sollte sich auf die Rolle der Baurechtsgeberin beschränken. 3. Es gibt für ein Parkhaus im Norden durchaus städtebauliche Vorteile, wie die Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen. Das will die SP aber mit anderen Mitteln als mit dem Bau eines zusätzlichen Parkhauses erreichen.

F. Landolt legt die Gründe für den Antrag der BBK dar. Für ein zweites Parkhaus stehen zwei Standorte zur Debatte – der Stadtgarten und das Lind. Beide Standorte sind geprägt durch einen wertvollen Baumbestand. Er gibt den beiden Orten Charakter, Atmosphäre und Identität. In beiden Fällen muss ein grosser Teil des Baumbestandes gefällt werden. Im Falle Lind müsste mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der zauberhafte Kleinpark mit dem sitzenden Akt von Herman Hubacher, dem runden Seerosenteich und den dahinterliegenden vielfach verschlungenen Bäumen gestört, wenn nicht sogar zerstört werden. Der Baumbestand und die Parkanlagen sind nicht einfach schön. Nein, sie sind eine eigentliche strategische Erfolgsposition für Winterthur in städtebaulicher, aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Ratsmitglieder sind aufgerufen, diesem Erbe und dieser Bedeutung Rechnung zu tragen. F. Landolt legt eine Skizze der Situation auf. Der Eingriff für ein Parkhaus wäre beträchtlich. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Grundwasserverhältnisse infolge eines Parkhauses gestört würden. Der Regen, welcher auf die Decke des Parkhauses fällt, kommt nicht mehr der Umgebung zugute, sondern wird über die Kanalisation abgeführt. Auch am Rande des Gebäudes wird das Wasser in eine Drainage geführt. Das verändert die Grundwasserverhältnisse, somit sind die Konsequenzen für die spätere Bepflanzung und Vegetation nicht abzusehen. Dieses Risiko ist zu gross. Die stadträtliche Vorlage, die für ein Parkhaus im Lind plädiert, trägt dem Baumschutz in keiner Weise Rechnung. In diesem Gebiet hat der Baumschutz Gültigkeit. Dem externen Baumgutachten, das in der BBK präsentiert wurde und das diesen Widerspruch offenlegte, pflichtete auch die Verwaltung bei. Sie konnte aber nicht darlegen, wie ein Projekt aussehen könnte, welches den Baumschutz, die Verkehrsanbindung und die Quartierverträglichkeit berücksichtigen würde. Es wurde gesagt, dass ein zusätzliches Geschoss gebaut werden könnte, damit man auf die vorgesehene Anzahl Parkplätze kommt, auch wenn die Fläche reduziert wird. Die SP lehnt den stadträtlichen Antrag auch deshalb ab, weil man damit die Katze im Sack kauft. Die Tandemlösung erweitert das Parkplatzangebot um 100 Plätze und verlagert 200 bis 300 Parkplätze in den Norden der Stadt, aufgehoben werden lediglich 91. Das ergibt im Norden ein Plus von bis zu 200 Plätzen. Dadurch wird ein Angebot für den motorisierten Individualverkehr geschaffen, das nicht notwendig ist. Die SP ist der Meinung, dass es jedem Automobilisten zugemutet werden kann, dass er, wenn das Manorparkhaus ausnahmsweise

besetzt ist, etwas weiter fährt und im Theaterparkhaus parkiert und wenn auch das besetzt ist, das Axaparkhaus aufsucht. Das sind lediglich 200 bis 300 Meter zu Fuss.

Die Befürworter argumentieren gerne damit, dass die Innenstadt ohne zusätzliche Parkplätze an Attraktivität verlieren würde. Die kürzlich publizierte Studie der CS über verschiedene schweizerische Innenstädte kommt zu ganz anderen Schlüssen. Gemäss dieser Studie schneidet Winterthur betreffend Attraktivität und Ladenmix gut bis sehr gut ab und es gibt vergleichsweise viele Parkplätze pro Vollzeitangestellte im Detailhandel. Erstaunt hat auch die Feststellung, dass lediglich 17 % der Kunden mit dem Auto zum Einkaufen fahren. 13 % kommen in Innenstädten zu Fuss oder mit dem Langsamverkehr und 70 % mit dem ÖV. Die SP ist überzeugt, dass der Bau eines zusätzlichen Parkhauses im Norden der Innenstadt nicht notwendig ist, jedoch die strategische Position der Gartenstadt ohne Not aufs Spiel setzt. Die SP anerkennt die Wichtigkeit der Kundenparkplätze, überschätzt sie aber nicht. Von den insgesamt 12'000 Parkplätzen rund um die Innenstadt, entfallen lediglich 3'000 auf Kunden, 4'000 auf Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt und 5'000 auf Pendler. Wenn man den Modalsplitt verändern will, müsste man eher die Pendlerparkplätze aufheben und in Kundenparkplätze umwandeln. Das wäre eine zukunftsgerichtete Verkehrs- und Parkplatzpolitik. F. Landolt möchte bei der Begründung für eine ablehnende Haltung gegenüber einem zusätzlichen Parkplatz im Norden auf übergeordnete Argumente des Stadtrates und des Gemeinderates verweisen. Alle verkehrspolitischen und städtebaulichen Entscheide der letzten Jahre zeigen in eine entgegengesetzte Richtung als diese Vorlage – sei das die Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität, sei das der Gegenvorschlag zur Umverkehrsinitiative, die eine Veränderung des Modalsplitts verlangt, sei es das städtische Gesamtverkehrskonzept oder der stadträtliche Beschluss zur 2000-Watt und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft. Die SP lädt den Rat ein, den Anträgen aus der BBK zu folgen.

L. Banholzer (EVP) spricht für eine Mehrheit der Gemeinderäte der EVP. Rund um die Altstadt braucht es nicht mehr Parkplätze. Diese Vorlage sieht den Bau von zwei Parkhäusern mit insgesamt 700 Parkplätzen vor und geht damit über die Anzahl Parkplätze gemäss Parkplatzkompromiss hinaus. Das widerspricht verschiedenen Grundsätzen der städtischen Verkehrspolitik. Es ist nicht sinnvoll mit mehr Parkplätzen an verkehrstechnisch ungünstigen Orten – dazu zählt auch das Parkhaus Stadtgarten – die Verkehrssituation rund um die Altstadt zu verschlechtern. Die bestehenden Parkplätze genügen im Normalfall. Städtebaulich wäre es hingegen zu begrüssen, dass die Plätze Teuchelweiher, Viehmarkt und Reitplatz frei werden vom ruhenden Verkehr. In der Weisung schreibt der Stadtrat zur Tandemlösung, dass Winterthur über ausreichend und günstige Parkplätze verfügt, und dass deshalb der Anteil des MIV am Modalsplitt entsprechend hoch sei. Auch das spricht gegen weitere Parkhäuser. Die Parkgebühren, die im Zentrum erhoben werden, haben dazu beigetragen, dass in den meisten Fällen genügend Parkplätze vorhanden sind. Sie werden auch in Zukunft ein probates Mittel sein, um den Verkehr besser zu steuern, durch teurere Parkplätze in der Nähe der Zentren und günstigere weiter weg. Das gleiche gilt auch für das Angebot für Pendlerparkplätze. Davon gibt es im Stadtzentrum überdurchschnittlich viele. Es wäre erstrebenswert, wenn ein Teil dieser Parkplätze als Kundenparkplätze zur Verfügung gestellt werden könnte. Diese Möglichkeit besteht auch in den städtischen Parkhäusern. Das könnte dazu beitragen, dass die Attraktivität der Altstadt für Kunden beibehalten werden kann, auch ohne neue Parkhäuser. Dass aus dieser Parkhausfrage sozusagen eine Schicksalsfrage für den Fortbestand des Gewerbes in der Altstadt konstruiert wird, ist erstaunlich. L. Banholzer glaubt nicht, dass die Attraktivität der Altstadt mit diesen zusätzlichen Parkhäusern gesteigert wird, für diese Annahme gibt es eindeutige Indizien. Der Antrag, die Parkhäuser privat zu realisieren, unterstützt die EVP.

J. Altwegg (Grüne/AL): Grundsätzlich hat die Grüne/AL-Fraktion nichts gegen Parkhäuser. Auch sie freut sich, wenn die Parkhäuser unter dem Boden sind. Ein Auto unter dem Boden ist ein gutes Auto. Die Grüne/AL-Fraktion wünscht sich aber, dass die Autos die Stadt schnell wieder verlassen, das heisst, die Leute sollen in der Stadt einkaufen. Viele sind aber Langzeitmieter. Diese Autos bleiben lange in den Parkhäusern stehen. Das ist nicht die Idee des Ganzen. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt die Anliegen des Gewerbes. Die Stadt Winterthur lebt vom Fussgängerverkehr. Das wurde bereits vor 30 Jahren festgestellt. Eine autofreie Innenstadt ist attraktiv und zwar über die Stadtgrenzen hinaus. In der Stadt besitzen knapp die Hälfte der Haushalte kein Auto. Auch diese Leute müssen einkaufen und schaffen das auch ohne Parkhäuser. Der Bau eines Parkhauses im Stadtgarten kann der Bevölkerung kaum erklärt werden. Der Stadtgarten müsste dazu umgegraben werden. Der Aussage aus einem Gutachten, nach dem nur ein Baum betroffen sein soll, wird von der Stadtgärtnerei klar widersprochen. J. Altwegg hat mehr Vertrauen in die Fachleute der Stadtgärtnerei, die davon ausgehen, dass 9 Bäume gefällt werden müssten. Ausserdem wäre eine grosse Anzahl weiterer Bäume gefährdet durch den Bau eines Parkhauses. Niemand im Rat kann dem Volk erklären, warum die Bäume für ein Parkhaus geopfert werden sollen, zumal mit den Parkhäusern Manor, Stadttheater und Axa bereits Parkraum nördlich der Altstadt zur Verfügung steht. Gegen den Suchverkehr wurde das Parkleitsystem eingeführt. Die Statistiken zeigen zudem, dass genau an einem Tag im Jahr, nämlich am 24. Dezember, alle Parkhäuser besetzt sind. An allen anderen Tagen sind freie Parkplätze zu finden. Von daher unterstützt die Grüne/AL-Fraktion den Antrag der FDP nicht.

B. Günthard-Maier (FDP): Die FDP-Fraktion ist für die Tandemlösung Teuchelweiher / Stadtgarten. Sie will explizit keine ausgestorbene Innenstadt, sondern eine attraktive Altstadt mit möglichst grosser Fussgängerzone, mit einem breiten Einkaufsangebot und möglichst vielen Jobs in Winterthur auch für Verkäuferinnen. Das ist am besten mit der Variante pro Stadtgarten zu erreichen. Das ist eine innovative Lösung, die eine Win-win-Situation schafft, weil damit die heutige Anzahl Parkplätze erhalten bleibt, weil rund 200 Plätze auf die Seite der Altstadt verschoben werden, wo der Bedarf tatsächlich vorhanden ist, weil der Suchverkehr reduziert wird und weil die Museumstrasse entlastet wird. Damit werden zudem die besten Voraussetzungen für eine autofreie Museumstrasse geschaffen. Damit könnten das Stadttheater und das Natur- und Kunstmuseum an die Fussgängerzone der Altstadt angebunden werden. Diese Lösung schadet niemandem, sondern nützt sehr vielen und bringt einen Mehrwert für die Geschäfte, die Angestellten, die Kunden und die Museen.

B. Meier (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion unterstützt die Anträge der BBK. Ausschlaggebend sind die genannten Gründe verkehrspolitischer, städtebaulicher und umweltpolitischer Art. Die Fraktion will auf folgende vier Punkte besonders hinweisen: 1. Altstadt: Alle schätzen und lieben die Altstadt in ihrer Vielfalt als Wohnort, als Arbeitsort, als Standort für Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Handwerk, Gastronomie, zum Einkaufen, zum Ausgehen, als Treffpunkt und vieles mehr. Die Qualitäten der Altstadt hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab. Die Verfügbarkeit von Parkplätzen in nächster Nähe des Zielorts, ist zwar ein Qualitätsfaktor, aber eben nur einer unter vielen und wird gelegentlich überschätzt. Die Wertschöpfung von Kunden, die zu Fuss, per Velo, Bus oder Zug unterwegs sind, ist pro Person keineswegs unterdurchschnittlich und der Anteil an der gesamten Wertschöpfung ist sehr hoch. 17 % Prozent der Kundinnen und Kunden kaufen in den Innenstädten per Auto ein. Die GLP/PP-Fraktion plädiert dafür, dass nach dem Parkhausentscheid, der heute gefällt wird, nicht mehr über die vermeintlich schlechte Parkierungssituation im Stadtzentrum geklagt wird, weil damit indirekt die Altstadt zu unrecht schlecht geredet wird. Vielmehr wäre es Zeit, endlich wieder auf die echten Qualitäten zu achten und diese weiterzuentwickeln. 2. Planungstand der Projekte: Gemäss Beschluss der BBK soll das Parkhaus Teuchelweiher gebaut werden. Das ist bereits geplant und ausgereift. Die oberirdische Nutzung und die Erschliessung mit Zu- und Wegfahrt sind geklärt, die Umweltverträglichkeit ist untersucht, Einsprachen sind erledigt und eine Baubewilligung liegt vor. Demgegenüber liegen für ein Parkhaus im Lind oder im Stadtgarten lediglich grobe Ideenskizzen vor. Die verkehrstechnischen Erschliessungen sind noch völlig ungeklärt und die Auswirkungen auf die umliegen-

den Quartiere wären vermutlich gravierend. Die in den letzten Monaten häufig erwähnten Qualitätsgründe für einen autofreien Museumsplatz oder gar eine tiefer gelegte Museumsstrasse sind interessant. Diese Überlegungen können weiterverfolgt werden. Die Parkierung ist dabei lediglich ein Teilaspekt. Vielmehr ginge es um Erschliessung, Aufenthaltsqualität und Verkehrsführung nördlich des Stadtparks bis zur St. Georgen-Strasse. Die GLP/PP-Fraktion gibt allerdings zu bedenken, dass mit dem städtischen Gesamtverkehrskonzept bereits viele sehr komplexe Projekte mit höchster Priorität eröffnet worden sind und vorerst eine Konzentration auf diese angezeigt ist. Umso wichtiger ist es, dass nicht mit einem Parkhausschnellschuss Tatsachen geschaffen werden, die als Präjudiz zukünftige Verbesserungen in diesem Gebiet verhindern.

3. Parkplatzangebot für Kundinnen und Kunden: B. Meier will aufzeigen, dass der Entscheid der BBK gewerbefreundlich ist. Wie bereits erwähnt und wie auch in der Vorberatung immer wieder betont worden ist, gibt es keine akute Parkplatznot um die Altstadt. Über das ganze Jahr gesehen, sind die Parkhäuser nur zu einzelnen Spitzenzeiten voll besetzt. Falls man trotzdem für die Kunden der Altstadt Verbesserungen erreichen will, besteht ein grosses Potential innerhalb der bestehenden Parkplätze. Eine grosse Anzahl Plätze wird von Pendlern belegt. Das Parkierungskonzept aus dem Jahr 2007 hat gezeigt, dass von den 11'800 Parkplätze im Zentrum über 5'100 sogenannte Personal- oder Pendlerparkplätze sind. Diese Zahl liegt weit über dem Bedarf, der, gemäss kantonaler Wegleitung, bei 2'500 bis 3'700 liegen würde. Diese Diskrepanz zeigt, dass ein grosses Potential vorhanden ist auch im Hinblick auf die Zukunft. Die Pendlerparkplätze belasten zu Stosszeiten am Morgen und am Abend die Verkehrskapazitäten im Stadtzentrum. Wenn man freie Fahrt für Handwerker und Busse will und genügend Parkplätze für die Kunden der Altstadt, müssen nicht Parkhäuser gebaut, sondern Pendler- in Kundenparkplätze umgewandelt werden. Beginnen könnte man bei den städtischen Parkhäusern, in denen ebenfalls eine erhebliche Anzahl Parkplätze für Pendler reserviert sind. Vor Illusionen muss man aber warnen. Das wird auf die Kasse drücken. Pendlerparkplätze rentieren besser als Kundenparkplätze, weil an ca. 350 Tagen im Jahr genügend Kundenparkplätze zur Verfügung stehen. 4. Für einige wird sich nach dieser Debatte die Frage stellen, wer verantwortlich ist, dass dem Parkplatzkompromiss der Todesstoss versetzt wird. Die Antwort ist ganz einfach. Der Parkplatzkompromiss ist längst gestorben. Schuld an dessen Tod sind nicht politische Parteien oder eine Gruppierung, sondern der Markt und die Zeit. Die Einführung der Parkplatzbewirtschaftung ist eine sinnvolle Massnahme, die einen wesentlichen Beitrag zur ausreichenden Verfügbarkeit von altstadtnahen Parkplätzen geleistet hat. Niemand kann ernsthaft die Abschaffung der Bewirtschaftung fordern. Der Markt hat auch gezeigt, dass für ein Parkhaus mit 660 Parkplätzen unter dem Teuchelweiherplatz, gemäss Parkplatzkompromiss, keine Nachfrage besteht. Der Tandemvorschlag ist ein Ausdruck davon, dass dieser Parkplatzkompromiss längst gestorben ist. Folglich ist auch Punkt 5 der Weisung, der Aufhebung der Befristung der Bewirtschaftung, zuzustimmen. Zusammenfassend geht es darum, den Parkplatzkompromiss würdig zu Grabe zu tragen, grünes Licht für ein Parkhaus Teuchelweiher und zur Aufhebung der oberirdischen Parkplätze zu geben und endlich wieder die Vorzüge der Altstadt und das riesige Potential für die Zukunft uneingeschränkt positiv darzustellen.

Ch. Magnusson (FDP) möchte die Ratsmitglieder warnen, vor dem trojanischen Pferd, das die BBK dem Parlament unterjubeln will. Ch. Magnusson hat Angst davor, dass die Busse im Stau stecken bleiben, dass Velofahrer zwischen gestauten Fahrzeugen nicht mehr weiterkommen, dass sich die Fussgänger nicht mehr sicher fühlen auf den Strassen in Winterthur, weil zu viel Suchverkehr die Strassen belastet und zu viele Autos lange Stauzeiten in Kauf nehmen müssen, weil dort wo sie benötigt werden, keine Parkplätze vorhanden sind. Vielleicht ist das nicht jeden Tag der Fall. Zu Stosszeiten und an den Tagen, an denen es wirklich darum geht, dass die Stadt einen Service Public zur Verfügung stellt, ist das so. Es geht vielen Autofahrern so, wie es Odysseus ergangen ist, die müssen eine wahre Odyssee hinter sich bringen und zwar nicht nur am 24. Dezember, wenn sie in der Stadt Winterthur einen Parkplatz suchen. Das trojanische Pferd, über das der Rat heute abstimmen muss, ist die links-grüne Vorlage für ein einzelnes Parkhaus im Teuchelweiher. Nur dort ein Parkhaus zu bauen ist eine Mogelpackung. Einerseits wird suggeriert, man wolle ein Parkhaus. Sogar die Grünen wollen plötzlich Parkhäuser bauen. Das glaubt Ch. Magnusson nicht. Man bringt

absichtlich diese Lösung, weil man denkt, dass das Parkhaus Teuchelweiher sowieso nie gebaut wird. Es ist kein Investor bekannt und niemand ist so richtig glücklich mit nur einem Parkhaus. Dafür kann man rasch damit beginnen, oberirdische Parkplätze aufzugeben. Deshalb ruft Ch. Magnusson die Ratsmitglieder auf, gegen diese Mogelpackung zu stimmen und zwar nicht nur auf der Seite, die betont hat, dass sie für das Gewerbe, für die Altstadt und für einen sinnvollen Verkehrsfluss ist. Mit einer Tandemlösung Teuchelweiher und Stadtgarten bietet die FDP eine hervorragend Alternative mit Parkplätzen, die wirklich stadtnahe sind. Wer kann gegen eine Aufwertung des Stadtparks sein, gegen eine Verbindung zum Museum, gegen eine Verkehrsberuhigung oder sogar Verkehrsbefreiung einer Museumstrasse und gegen effizienten Verkehrsfluss. Zur Abstimmung stehen 4 Möglichkeiten. Das Tandem Stadtgarten und Teuchelweiher, das Tandem Lind und Teuchelweiher, der Status Quo und als letzte und viertbeste oder schlechteste Lösung lediglich ein Parkhaus unter dem Teuchelweiherplatz. Warum soll der Gemeinderat, wenn 4 Lösungen zur Wahl stehen, die Schlechteste wählen und nicht die Möglichkeit nutzen eine der drei Besseren zu wählen. Ch. Magnusson dankt herzlich für die Unterstützung zugunsten des Vorschlags der FDP. Falls es nicht gelungen ist, die Ratsmitglieder umzustimmen, bittet Ch. Magnusson darum, mindestens die zweitbeste Lösung zu wählen – das Tandem Teuchelweiher und Lind.

Y. Beutler (SP) hat beinahe Mitleid mit der FDP-Fraktion. Es muss schrecklich sein, wenn man von solchen Ängsten geplagt, politisieren muss. Die FDP will ein Parkhaus unter dem Stadtgarten bauen. Die SP ist der Meinung, dass der Stadtgarten der komplett falsche Standort ist. Die SP wird sich aber auf einen Punkt beschränken. Sie beantragt, dass die Befristung, wie im stadträtlichen Antrag und auch im Antrag der BBK festgehalten, aufgehoben wird und zwar egal, welcher Antrag heute Abend obsiegt. Y. Beutler ist von der FDP etwas enttäuscht, weil sie nicht versteht, dass die Aufhebung der Befristung auch im Sinne des Gewerbes ist. Die Geschäfte haben kein Interesse daran, dass die Parkplätze von 8.00 Uhr vormittags bis abends um 17.30 von Pendlern besetzt werden. Die SP ist mit viel Herzblut gegen die Variante Stadtgarten. Sie will einen richtigen Stadtpark und keine Bonsaiausstellung. Viel mehr wird nicht mehr wachsen können, nachdem unter dem Stadtgarten alles zubetoniert worden ist.

N. Gugger (EVP/EDU) ist zusammen mit H. Iseli (EDU) in der Minderheit seiner Fraktion. Er ist aber nicht für den Antrag der FDP, weil der Stadtgarten als Standort nicht in Frage kommt. Mit diesem Antrag wird auch der Spatz aus der Hand gegeben. Der Spatz, das ist der Antrag 2 des Stadtrates mit der Tandemlösung Teuchelweiher/Lind. Es handelt sich um einen salomonischen Antrag. N. Gugger ist seit 10 Jahren im Rat. Die Stadt ist in dieser Zeit um 15'000 Einwohner gewachsen. Der Antrag des Stadtrates ist gut ausgearbeitet. N. Gugger dankt Stadträtin P. Pedernana für diese Arbeit. Er hat sich auch in der EVP dafür eingesetzt, dass die Fraktion versucht einen Mittelweg zu gehen. Die Fortuna AG wurde aufgelöst, in drei Jahren wird die Stadtverwaltung aus den Gebäuden am Obertor wegziehen. Die städtischen Angestellten, die jetzt in der Altstadt einkaufen, sind dann weg. Sie werden gerne an der Pionierstrasse einkaufen. Der nächste Punkt, der N. Gugger Bauchweh bereitet, ist, dass ein Kompromiss nicht einfach zu Grabe getragen werden kann. Der Stadtrat hat sich für diesen Kompromiss eingesetzt. N. Gugger, aber auch die EVP/EDU-Fraktion können ein Parkhaus Stadtgarten nicht unterstützen. Einerseits weil N. Gugger seit 10 Jahren darauf wartet, dass die Stadthausstrasse autofrei wird. Wieso ausgerechnet die Museumstrasse autofrei werden soll, leuchtet nicht ein. Deshalb will N. Gugger den Antrag des Stadtrates der FDP nahelegen. Die EVP hat die Parteibasis miteinbezogen. Im Parteivorstand wurde intensiv um Lösungen gerungen. Es gibt Gründe, die gegen eine Tandemlösung sprechen. N. Gugger steht für den Parkplatzkompromiss ein. Er hat keine Lust diesen heute Abend zu Grabe zu tragen. Es ist ganz klar, dass es eine Volksabstimmung geben wird. Egal welche Lösung obsiegt, heute Abend werden alle in irgendeine Weise unzufrieden sein.

D. Oswald (SVP): Die Standortfaktoren sind in diversen Voten bemüht worden. Es gibt zusätzlich einen wichtigen Standortfaktor, das ist die Rechtssicherheit oder in diesem Zusammenhang die Verlässlichkeit der Politik. Vor 10 Jahren wurde der Parkplatzkompromiss von allen Beteiligten – von den Velofahrern bis zu den Autofahrern, von Links bis Rechts – geschlossen. Die Stadt zählte damals weniger als 100'000 Einwohner. Die rechte Seite fordert jetzt nicht mehr Parkplätze. Das einzige, was gefordert wird, ist die Einhaltung des Versprechens. Ein Teil des Rates will diese Versprechen nicht mehr einhalten. D. Oswald möchte behaupten, dass viele das gar nie wollten. Die Forderung, die Befristung aufzuheben, egal was heute entschieden wird, ist kein guter Stil. Auch wenn die SP diesen Vorschlag mit Charme vorbringt und nicht gepoltert wird, ist das kein guter Stil und macht die Sache nicht besser. Die Bewirtschaftung ist zudem nicht vollständig umgesetzt. Man erklärt immer wieder, dass die Parkhäuser nicht besetzt seien. Es gibt aber viele Parkplätze, zum Beispiel im Raum Zeughaus, die nicht bewirtschaftet sind. Man muss sich fragen, ob das nicht auch ein Mittel ist, um die Autos nicht dazu zu zwingen, die Parkhäuser zu nutzen. Damit bleiben Plätze in den Parkhäusern leer. Es war ein Fehler der SVP, dass nicht längst eine Bewirtschaftung gefordert wurde. Die Diskussion um die Bäume zeigt das künstliche Verhältnis der „naturnahen“ Parlamentarier zur Natur. Man könnte meinen, ein Baum bleibe für tausend Jahre gleich. Die Bäume sind Lebewesen und verändern sich. Was geschieht, wenn Bäume durch einen Sturm gefällt werden? Ein Projekt kann nicht von 9 oder 10 Bäumen abhängig gemacht werden. Auch der Einnahmefall, mit dem gerechnet wird, muss korrigiert werden. Die Flächen, die heute oberirdisch als Parkplätze genutzt werden, wurden nicht in die Rechnung einbezogen. Diese Flächen können anderweitig genutzt werden, das ist ebenfalls ein Vorteil und müsste in die Berechnungen einbezogen werden. Dann ist der Einnahmefall keineswegs so hoch, wie er heute angegeben wird. Es ist wichtig, dass das Parlament heute seine Verlässlichkeit beweist, damit die Geschäfte und auch die Einwohner von Winterthur sicher sind, dass keine Willkür herrscht. Insofern plädiert D. Oswald in erster Linie dafür, dass das Parkhaus Stadtgarten unterstützt wird. Das würde für Winterthur einen zusätzlichen Nutzen bringen. In den Statistiken ist zum Beispiel nicht aufgeführt wie viele Leute, die früher in Winterthur eingekauft haben, heute lieber nach Frauenfeld fahren um einzukaufen, weil es dort praktischer ist. D. Oswald bittet die Ratsmitglieder, wenn sie der Variante Stadtgarten gar nicht zustimmen können, doch wenigstens den Vorschlag des Stadtrates gutzuheissen. Es ist ganz klar, dass die Befristung erst dann aufgehoben werden kann, wenn die Parkhäuser realisiert sind. Alles andere ist nicht redlich.

J. Würzler (SP) war vor 10 Jahren dabei, als der Parkplatzkompromiss geschlossen wurde. Er weiss, was damals abgemacht wurde. Deshalb will er den ursprünglichen Inhalt des Parkplatzkompromisses in Erinnerung rufen. Damals wurde vereinbart, dass 560 Parkplätze im Gebiet Teuchelweiher/Reitplatz/Viehmarkt nicht gebaut, sondern signalisiert werden sollen, und dass 100 zusätzliche Plätze an einem anderen Ort entstehen sollen. Der Stadtrat wollte ein oberirdisches Parkhaus auf dem Reitplatz erstellen lassen. Die Bewohner haben sich aber dagegen gewehrt. Danach ist die Idee entstanden, das Parkhaus unterirdisch zu errichten. Dieses Parkhaus ist bewilligt. Das ist ein Teil des Parkplatzkompromisses. Jetzt sind zwei Ideen dazugekommen nämlich Stadtgarten und Lind. Dazu kann J. Würzler weder Ja noch Nein sagen. Es wurde viel gesagt zum Stadtparkprojekt, man hat von einer tiefergelegten Museumstrasse gesprochen. Wird diese Idee umgesetzt? Wie viele Parkplätze sollen konkret gebaut werden? Bisher steht lediglich eine ungefähre Zahl im Raum. Als Gemeinderat kann J. Würzler dazu nicht Ja sagen. Ein Investor hat aber die Möglichkeit unter dem Teuchelweiherplatz die 560 Parkplätze zu bauen. J. Würzler ist für die Aufhebung der Befristung in Bezug auf die Parkraumbewirtschaftung. Er steht noch immer zum Parkplatzkompromiss. Es wäre aber klug, diesen zu beerdigen und das neue konkrete Projekt zu unterstützen. Wenn kein Investor das Parkhaus Teuchelweiher baut, kann man sich überlegen, ob an einem anderen Ort ein Parkhaus gebaut werden soll. Auch dann wird J. Würzler weiterhin zum Parkplatzkompromiss stehen. Wenn aufgezeigt werden kann, dass ein Parkhaus notwendig ist, und dass man die Verkehrsströme im Griff hat, dann wird sich auch J. Würzler damit einverstanden erklären. Die Tandemlösungen sind aber verkehrspolitisch keineswegs ausgereift. Viele Probleme sind nicht gelöst. Es handelt sich um zwei Geisterrei-

ter, denen nicht zugestimmt werden kann. J. Würigler bittet die Ratsmitglieder die Befristung aufzuheben und das Parkhaus unter dem Teuchelweiherplatz zu bewilligen. Er wird immer zum Parkplatzkompromiss stehen.

R. Diener (Grüne/AL): Es wurde behauptet, dass ein trojanisches Pferd untergejubelt werden soll. Im Gegenteil, was die Gegenseite unterjubeln will, ist ein automobiler Trojaner. Das ist Fakt. Warum? Mit der Tandemlösung sollen 200 bis 300 Parkplätze mehr gebaut werden und zwar auf der Nordseite und viel näher bei der Altstadt als das heute der Fall ist. Das will R. Diener nicht. Das widerspricht den Zielen des städtischen Gesamtverkehrskonzepts (SGVK) und es widerspricht auch den Parkplatzvorschriften. Winterthur verfügt über genügend Parkplätze, das ist nicht das Problem. Es müssten lediglich einige Pendlerparkplätze in Kundenparkplätze umgewandelt werden. Das würde kaum etwas kosten. Die Stadt müsste lediglich eine geringe Ertragseinbusse in Kauf nehmen. Es müsste aber kein Parkhaus gebaut werden, das viele Unwägbarkeiten mit sich bringt – vom Fällen von Bäumen bis zu den Ein- und Ausfahrten. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, sich der Lösung der BBK anzuschliessen und für das Parkhaus Teuchelweiher zu votieren. Das ist sinnvoll und zweckmässig. Die Parkplätze, die aufgehoben werden, können damit ersetzt werden. R. Diener unterstützt den Grundsatz Parkplätze unter den Boden.

F. Helg (FDP) spricht zum Antrag der SP. Dass die Befristung aufgehoben werden soll, ist ein Wortbruch gegenüber dem Parkplatzkompromiss. Das darf keine Unterstützung erfahren. Der Parkplatzkompromiss besagt einerseits, dass die oberirdischen Parkplätze bewirtschaftet werden und andererseits sollen Parkplatzkapazitäten erstellt werden. Die Befristung ist ein Druckmittel, damit sich etwas bewegt. Die Weiterführung wurde letztmals am 25. August 2008 im Rat einvernehmlich beschlossen. Deshalb soll das auch jetzt weitergeführt werden. Es wäre der falsche Weg, wenn die Befristung jetzt gestrichen würde. Das ist nicht fair.

J. Altwegg (Grüne/AL): J. Würigler war vor 10 Jahren dabei, als der Parkplatzkompromiss geschlossen wurde. J. Altwegg war zwar nicht dabei, hat die Unterlagen aber genau gelesen. Deshalb kommt er zum Schluss, dass dieser Kompromiss obsolet ist. 1. Der Perimeter, den der Kompromiss umfasst, ist viel zu klein. Man betrachtet immer nur das Teuchelweiherareal, das ist viel zu wenig. Die Eulachpassage, die Archhöfe, die noch gebaut werden und die Parkplätze im Norden sind nicht im Parkplatzkompromiss enthalten. Abgesehen davon, dürfte niemand im Rat Gratisparkplätze befürworten. J. Altwegg fühlt sich auch als Umweltpolitiker angesprochen. Was das Fällen von Bäumen anbelangt, hat der Stadtförster die Erfahrung gemacht, dass sich viele Anwohner dagegen wehren, wenn Bäume gefällt werden sollen. Das ist die Volksseele in Winterthur. Niemand kann plausibel erklären, dass Bäume im Stadtpark gefällt werden müssen. Das würde zu grossen Problemen führen. Die Grüne / AL-Fraktion ist für ein Parkhaus unter dem Teuchelweiherplatz. Autos unter dem Boden sind besser. Wenn aber kein Investor gefunden werden kann, weil sich das nicht rechnet, dann muss man es tatsächlich bleiben lassen. Die nachfolgenden Generationen werden vor allem die Transportkapazitäten nutzen wollen – Verfügbarkeit ist das Stichwort. Deshalb werden die Parkhäuser in 20 bis 30 Jahren leer sein. Weil kaum jemand ein eigenes Auto hat, man leiht sich die benötigten Transportkapazitäten aus.

Y. Beutler (SP): D. Oswald hat einige netten Dinge gesagt, dafür dankt Y. Beutler. Die Aussagen betreffend Rechtssicherheit sind weniger erfreulich. Vor 10 Jahren wurde am Runden Tisch der Parkplatzkompromiss beschlossen. Das war in den vergangenen 10 Jahren eine gute Sache, weil er Ruhe in die Diskussion gebracht und die Möglichkeit geboten hat, Erfahrungen zu sammeln. Die Erfahrungen mit der Bewirtschaftung der Parkplätze und mit dem Parkleitsystem haben gezeigt, dass die Stadt auf einem guten Weg ist. Es geht jetzt darum, Investitionen zu tätigen. Welcher Unternehmer trifft eine Investitionsentscheid aufgrund einer zehnjährigen Grundlage. Die Welt hat sich weitergedreht. Ein Investor wird sich fragen, wo Winterthur heute steht und nach dem heutigen Stand seine Entscheide fällen. Es ist immer schwierig, jemanden zu beschenken, der das Geschenk nicht will. Aber es ist eine gute Sache, wenn die Verordnung in Kraft bleibt. Die Gebühren sind wichtig für das Ge-

werbe, weil sie garantieren, dass die Parkplätze nicht von Pendlern belegt werden. Es geht nicht darum, etwas durch die Hintertüre hereinzuschmuggeln. Die SP will, dass das Parkhaus Teuchelweiher gebaut wird, sie hat mit dem Platz besseres vor als Autos darauf zu parkieren. Y. Beutler weist die Unterstellung zurück, dass nur deshalb unter dem Teuchelweiherplatz ein Parkhaus geplant ist, weil dort sowieso niemand baut. Wenn sich jemand findet, der dort baut, ist das wunderbar. Die Stadt soll aber nicht selber bauen.

Stadträtin P. Pederngana: Innerhalb dieser Debatte werden jetzt zunächst die Anträge der FDP bereinigt. Wenn die Stadträtin hört, dass das Herzblut bei vielen fehlt, dann kann sie nur hoffen, dass das heute Abend nicht noch häufiger fehlt. Es ist durchaus möglich, dass es zu einer Volksabstimmung kommt. Deshalb ist zu hoffen, dass der obsiegende Antrag mit Herzblut vertreten wird. Wenn niemand hinter dem Resultat stehen kann, dann wird diese Volksabstimmung ohnehin ganz schwierig. Es haben diverse Ratsmitglieder versichert, dass sie sich für das Gewerbe einsetzen. Ratspräsidentin P. Pederngana stellt fest, dass kaum eine Gewerbevertreterin oder ein Vertreter auf der Tribüne sitzt. Das zeigt, dass das Interesse offenbar nicht so gross sein kann. Jetzt muss man sich überlegen, was nützt dem Gewerbe am meisten. Den grössten Nutzen hat das Gewerbe, wenn die Kundenparkplätze möglichst schnell wieder frei werden – das heisst wenn die Leute kommen, ihren Einkauf tätigen und wieder wegfahren. Das Schlimmste wäre es für das Gewerbe, wenn Parkplätze nicht bewirtschaftet wären. Diese könnten dann am frühen Vormittag durch Pendlerinnen und Pendler belegt werden und würden erst abends wieder freigegeben. Man kann jetzt sagen, es braucht Verlässlichkeit in der Politik und zum Parkplatzkompromiss gehört die Befristung der Bewirtschaftung. Man darf innerhalb von 10 Jahren sicher klüger werden. Der Stadtrat beantragt, auch dem Gewerbe zuliebe, dass diese Befristung aufgehoben wird, nicht nur weil man glaubt, dass das Parkhaus gebaut werden kann, sondern auch aus der Überzeugung, dass es die Wechsel in der Belegung der Parkplätze braucht. Das geht nur mit einer Bewirtschaftung. Sonst fällt Winterthur zurück in einen Zustand vor dem Kompromiss. Das hätte auch Vorteile, weil dann weniger Fahrten ausgelöst werden und die Umwelt geschont wird, würde aber bedeuten, dass ein Parkplatz durch Pendlerinnen und Pendler belegt werden kann und wenig Kaufkraft in die Altstadt bringt.

Der Baumbestand in Altstadtnähe ist für den Stadtrat sehr wichtig. Das wurde in der BBK auch dargelegt mit einem Baumschutzgutachten. Es trifft zu, beim Projekt Lind müssen zwei wichtige Baumgruppen geschützt werden. Die Ein- und Ausfahrt müsste deshalb entsprechend verschoben werden. Die Lösung muss der Stadtrat noch nicht auf den Tisch legen. Aber es ist klar, dass sich der Stadtrat für den Baumschutz engagieren will. Wenn das Parkhaus Lind gebaut werden sollte, müsste eine Lösung entwickelt werden, die den Schutz der beiden Baumgruppen gewährleistet. Man könnte beispielsweise das Parkhaus schmaler als in der Weisung dargelegt bauen und dafür auf 4 Geschosse aufstocken. Pro Geschoss würden dann ca. 75 Parkplätze zur Verfügung stehen, insgesamt wären das 300 Parkplätze. Der Stadtgarten ist für den Stadtrat ein trojanisches Pferd. Es muss allen bewusst sein, dass ein Abstimmungskampf mit dem Schutz von Bäumen sehr leicht gewonnen werden kann. Der Stadtpark ist das Herz der Gartenstadt Winterthur. Es wurde gewitzelt, dass man nach dem Bau eines Parkhauses noch eine Bonsaisammlung darauf pflanzen kann. Vielleicht ist es nicht ganz so schlimm, aber auf einem Parkhaus können so mächtige Bäume, wie sie im Stadtgarten wachsen und auf die Winterthur so stolz ist, nicht gepflanzt werden. Wenn ein Abstimmungskampf geführt werden müsste, für ein Parkhaus unter dem Stadtpark, dann wäre das völlig aussichtslos, deshalb hat der Stadtrat bereits zu einem frühen Zeitpunkt diese Variante verworfen. Der Stadtrat will eine Lösung präsentieren, die auch in einem Abstimmungskampf Chancen hätte. Ein Parkhaus unter dem Stadtgarten würde den ganzen Stadtpark verschandeln. Es geht nicht nur um die Bäume, die gefällt werden müssten oder denen das Wasser abgegraben würde. Ein Parkhaus benötigt auch Aufgänge und Entlüftungsröhre. Der Park würde stark belastet. Stadträtin P. Pederngana hofft, dass die Ratsmitglieder von dieser Idee Abstand nehmen.

Ch. Magnusson (FDP) hat viel Herzblut in den Antrag pro Stadtgarten gelegt. Er ist auch, im Gegensatz zu vielen, die glauben, dass ein Parkhaus unter dem Stadtgarten nicht möglich ist, überzeugt, dass ein Abstimmungskampf gewonnen werden könnte. Wenn man denn will. Damit würden Parkplätze geschaffen, die Nahe bei der Altstadt liegen. unter dem Teuchelweiherplatz für 500 Autos ein Parkhaus zu bauen, für Leute, die doch nicht die Altstadt aufsuchen, sondern für Pendler, ist nicht sinnvoll. Dass der Antrag der FDP kein Trojaner ist, dazu braucht es keinen Kommentar.

Ratspräsidentin D. Schraft: Möchte gerne die Anträge der BBK diskutieren zu denen ein Änderungsantrag gestellt worden ist.

F. Künzler (SP) spricht zu den Anträgen der FDP. Als Ergänzung zum Votum von D. Oswald möchte F. Künzler klarstellen, dass die SP selbstverständlich für die Aufhebung der weissen Zone im Raum Zeughaus ist. Diese Parkplätze müssen bewirtschaftet werden. Vor einigen Monaten ist das, im Zusammenhang mit der blauen Zone, diskutiert worden. F. Künzler wäre erfreut, wenn die SVP dieses Anliegen unterstützen würde. Ergänzend zur Aussage von J. Altwegg, dass der Perimeter des Parkplatzkompromisses zu klein sei, erklärt F. Künzler, dass seither bereits ein Parkhaus im Kesselhaus gebaut worden ist, das über 100 Parkplätze bietet. Es ist fraglich, ob F. Künzler als Halbliberaler den Liberalen erklären muss, wie der Markt funktioniert. Für das Parkhaus Teuchelweiher wurde die Baubewilligung erteilt. Offensichtlich würde das Parkhaus nicht rentieren, deshalb will niemand bauen. Warum muss jetzt die Stadt helfen, damit doch noch ein Parkhaus gebaut werden kann? Ein Parkhaus, das nicht rentiert, ist überflüssig. Wenn keine Nachfrage vorhanden ist, können die Parkplätze beim Teuchelweiher aufgehoben werden. Die Auslastung der bestehenden Parkhäuser wird sich dann erhöhen.

D. Oswald (SVP) ist sicher, dass Parkhäuser rentieren – auch in Winterthur. Verschiedene Aspekte führen dazu. Einerseits hängt das davon ab, wie viele Parkplätze bewirtschaftet sind, andererseits werden die Parkplätze im Verhältnis zur Bevölkerung abnehmen. Auch das wird zu einer Verteuerung der Parkplätze führen. D. Oswald zeigt die Quittung eines Parkhauses in der Schweiz vom 4. November 2011. Für 7 Stunden Parkieren musste er 130 Franken bezahlen. Jetzt soll jemand sagen, dass Parkhäuser nicht rentieren. Das stimmt nicht. Wenn D. Oswald das Geld dazu hätte, würde er investieren. Im Rat werden verschiedene Vorlagen zu diesem Thema behandelt. Insofern ist es gut, dass diejenigen, die direkt betroffen sind von einem Geschäft, in den Ausstand treten. Es gibt aber auch Ratsmitglieder, die indirekte Beziehungen zu gewissen Geschäften haben. Vielleicht sollten sich auch diese überlegen in Ausstand zu treten. Ein Beispiel ist die Ausschreibung des Zeughausareals, es gibt Ratsmitglieder, die dazu in einer Beziehung stehen und schreiben, dass man bei dieser Überbauung keine Parkierungsmöglichkeiten vorsehen muss, weil in der Nähe genügend Parkplätze vorhanden sind. Hier könnten gewisse Leute in eine dumme Situation geraten, was ihre Aussagen im Rat oder an anderen Orten anbelangt. Diese Aussagen sollten zumindest konsistent sein.

F. Helg (FDP): Die SP bekämpft den Antrag der FDP auf Weiterführung der Befristung. Wenn der Rat einmal abgestimmt hat und die Mehrheitsverhältnisse klar sind, dann sind weitere Anträge nicht mehr notwendig. Die Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren tritt am 31. Dezember 2014 ausser Kraft, wenn bis dahin das Parkhaus Teuchelweiher, gemäss Ziffer 2 des Kommissionsantrags, nicht in Betrieb ist. Weil das Parkhaus noch nicht realisiert ist, braucht es diese Weiterführung der Befristung. Sie wird erst hinfällig, wenn das Parkhaus tatsächlich in Betrieb ist. Das ist das bereits erwähnte Pfand des Parkplatzkompromisses, das weiter beibehalten werden soll. Es geht darum Druck auszuüben. Die FDP geht nicht davon aus, dass die Bewirtschaftung aufgehoben werden soll. Es braucht den Druck, damit es vorwärts geht. Deshalb ist es folgerichtig, dass die FDP diesen Antrag stellt.

J. Würgler (SP): Dieser Antrag ist aus den Fingern gezogen. Wie soll der Gemeinderat darauf hinwirken, dass dieses Parkhaus bis dahin in Betrieb ist. Das Parkhaus ist bewilligt. Jetzt muss es finanziert werden. Wenn das jemand übernimmt, kann er daraus Gewinn ziehen. Alles was in der Macht des Gemeinderates steht, hat er getan. Die Rahmenbedingungen sind bereits geschaffen. Sollen im Rat Parkhäuser befürwortet werden, damit sie rentieren oder sollen so viele Parkplätze geschaffen werden, wie notwendig sind für die Altstadt? Die Befristung ist sinnlos. Und die Argumentation, dass Parkhäuser gebaut werden sollen, damit sie rentieren, ist ebenfalls nicht sinnvoll. Es sollen so viele Parkplätze erstellt werden, wie die Altstadt braucht. Es braucht keinen, der Gewinn macht mit den Parkplätzen.

Ratspräsidentin D. Schraft macht auf die Aussage von D. Oswald aufmerksam, der erklärt hat, dass weitere Gemeinderäte in den Ausstand treten sollten.

D. Oswald (SVP) hat erklärt, dass einige Gemeinderäte möglicherweise indirekte Beziehungen haben, die von diesem Geschäft betroffen sind. Diese müssen sich das überlegen. Ob ein Ausstand zwingend ist, weiss D. Oswald nicht.

Ch. Kern (SVP) hat erfahren, dass der Stadtrat darüber informiert hat, dass Ende März 2012 der Spatenstich für das Parkhaus Teuchelweiher erfolgen soll. Was Ch. Kern sehr erstaunt hat. In diesem Fall müsste ein Investor vorhanden sein und die Planung müsste bereits relativ weit sein. Wenn noch kein Investor gefunden werden konnte, müsste die Stadt Winterthur die Kosten für diese Arbeiten übernehmen. Es stellt sich die Frage, ob jetzt einfach ein Aushub gemacht wird, damit die rechtskräftige Baubewilligung nicht verfällt. Was ist genau geplant? Das ganze mutet komisch an und lässt Fragen offen.

Stadträtin P. Pedernana: Der Stadtrat will einfach fair bleiben und will nicht aufgrund einer Verzögerung, die durch eine mögliche Volksabstimmung eintreten kann, das Parlament unter Druck setzen. Wie der Stadtrat genau entscheiden wird, ist noch nicht klar. Einen Teil des Aushubs bereits zu machen, ist eine Möglichkeit vorzugehen. Man kann aber nicht pro forma die Erde etwas aufkratzen. Das würde man einem Privaten auch verbieten. Die Stadt muss sich an das gleiche Recht halten wie private Bauherren. Es müsste ein richtiger Aushub sein. Das wäre die eine Vorgehensweise, die diskutiert werden müsste. Die andere Vorgehensweise wäre, die Baubewilligung verfallen zu lassen und das korrigierte Bauvorhaben erneut durch die Mühle des Baubewilligungsverfahrens zu schicken. Der Stadtrat geht davon aus, dass, selbst wenn Rechtsmittel ergriffen würden, die Bewilligung relativ problemlos erteilt würde. Das Anliegen des Stadtrates ist es, dem Parlament mitzuteilen, dass es frei entscheiden kann und dass kein Zeitdruck besteht. Selbst wenn die Volksabstimmung nicht bereits im März 2012 durchgeführt werden könnte, würde der Stadtrat eine Lösung finden. Er hat sein Vorgehen aber noch nicht entschieden. Die Kosten eines allfälligen Aushubs müssten noch geklärt werden. Die Kernaussage ist, der Rat kann sich frei entscheiden. Der Stadtrat findet eine Lösung für die Realisierung.

Y. Beutler (SP): Die SP stellt den Antrag, dass die Ziffer 5 des stadträtlichen Antrags zu Ziffer 5 des FDP Antrags werden soll.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über folgenden Antrag abstimmen: Die Befristung der Geltungsdauer der Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund vom 4. Januar 2005 wird aufgehoben.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag der SP mit 31 zu 26 Stimmen zu.

Ratspräsidentin D. Schraft stellt den Antrag der FDP dem Antrag der BBK gegenüber.

F. Helg (FDP): Angesichts der Abstimmung zieht die FDP ihren Antrag zurück.

Ratspräsidentin D. Schraft: Es wird kein weiterer Antrag gestellt, damit ist der Antrag der BBK unverändert angenommen.

Ratspräsidentin D. Schraft stellt den geänderten Antrag der FDP dem Antrag der BBK gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag der BBK mit 30 zu 24 Stimmen zu.

Ratspräsidentin D. Schraft: stellt fest, dass damit Ziffer 5 bereinigt ist.

Y. Beutler (SP) möchte beliebt machen, dass Ziffer 3 des stadträtlichen Antrags wie folgt geändert wird: "Der Stadtrat wird beauftragt und ermächtigt, die städtische Beteiligung an der bestehenden Parkhaus AG zu veräussern und das Land für die Errichtung der Parkhäuser im Baurecht abzugeben". Es ist nicht die Aufgabe der Stadt ein Parkhaus zu betreiben oder sich an einer entsprechenden AG zu beteiligen. Zudem hat die Stadt lediglich eine Minderheitsbeteiligung an der AG. Dass die Stadt bei wichtigen Anliegen mitreden kann, reicht nicht. Die Stadt wird immer der kleine Bruder sein in dieser AG. Die SP will eine klare Regelung mit einem Baurechtszins.

Stadträtin P. Pedernana: Dieser Antrag konnte im Stadtrat nicht diskutiert werden. Er hält an seinem Antrag fest und ist davon überzeugt, dass es Sinn macht, sich an diesem Betrieb zu beteiligen. Mit dieser Beteiligung kann der Stadtrat einen gewissen Einfluss ausüben. Er kann auch das Geschäft mit dem Betrieb der anderen städtischen Parkhäuser abstimmen und gezielter Einfluss nehmen, als wenn er einfach einen Baurechtszins generiert. Dieser Änderungsantrag ist weder im Stadtrat noch mit einem möglichen Partner besprochen worden. Deshalb können auch die Auswirkungen nicht genau abgeschätzt werden. Der Stadtrat hält am ursprünglichen Antrag fest.

F. Helg (FDP): Die FDP zieht ihren Antrag zurück.

Ratspräsidentin D. Schraft lässt über den Antrag der SP abstimmen Ziffer 3 wie folgt zu ändern: Der Stadtrat wird beauftragt und ermächtigt, die städtische Beteiligung an der bestehenden Parkhaus AG zu veräussern und das Land für die Errichtung der Parkhäuser im Baurecht abzugeben.

Der Rat stimmt mit grosser Mehrheit dem Antrag der SP zu.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit ist Ziffer 3 des Stadtratsantrags geändert.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin D. Schraft: Es liegen ein unveränderter Antrag der BBK und ein veränderter Antrag des Stadtrates vor. Die Ratspräsidentin stellt die beiden Anträge einander gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag der BBK mit 27 zu 30 Stimmen zu.

Ratspräsidentin D. Schraft stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden

B. Günthard-Maier (FDP): Für die Gegner des Abstimmungsresultats, das heisst für die SVP, die CVP und die FDP, stellt sich die Frage, ob das Referendum ergriffen werden soll. Hier muss eine Güterabwägung gemacht werden. Gegen ein Referendum spricht, dass immerhin 500 unterirdische Parkplätze vorgesehen sind unter dem Teuchelweiherplatz. Man könnte auch annehmen, dass sowieso niemand bauen will, dann bleibt die Situation wie sie ist. Für ein Referendum spricht, dass nicht sicher ist, ob überhaupt gebaut wird und wenn

gebaut wird, ist ein grosser Teil dieser Parkplätze am falschen Ort. Die Möglichkeiten für eine bessere Lösung sind damit verbaut. Aus diesen Gründen werden die drei erwähnten Fraktionen ein Behördenreferendum ernsthaft prüfen.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit ist das Geschäft 2011/098 erledigt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2010/074: Beantwortung der Interpellation W. Langhard (SVP) betreffend Baubewilligungsverfahren

W. Langhard (SVP) dankt dem Stadtrat für die Antwort. Er ist damit zufrieden. Die Antwort zeigt auf, dass im Fall der angesprochenen Solaranlage Fehler passiert sind. Wenn gearbeitet wird, dürfen auch Fehler passieren, aber man soll die Lehren daraus ziehen. Die Antwort zeigt auf, welche Fehler gemacht worden sind. Es darf nicht sein, dass, wenn die Eingaben direkt gemacht werden, das Bauamt zu wenig kontrolliert, weil angenommen wird, dass die Angaben stimmen. Vor allem vor der Bauvollendung muss geprüft werden, ob die Ausführung den Eingaben entspricht. Viel mehr muss nicht mehr dazu gesagt werden. W. Langhard hat festgestellt, dass eine Person, die ein kleines Dach für einen Autounterstellplatz selber eingeben wollte, ohne die Hilfe eines Architekten, etwa 5 oder 6 Mal die Bauabteilung aufsuchen musste, weil immer wieder neue Auflagen gemacht werden. Das ist mühsam. W. Langhard hofft, dass diese Baubewilligung gelegentlich erteilt wird.

F. Landolt (SP): Es handelt sich eigentlich um eine Lappalie. Die Sachlage hat sich aufgeklärt, insofern sind nicht wesentliche Fehler gemacht worden. Die SP-Fraktion wäre aber froh, wenn sich der Rat nicht über solche Probleme Gedanken machen müsste, sondern politisch wichtigere Frage diskutieren könnte.

M. Stauber (Grüne/AL): Der Anstoss zu dieser Interpellation ist bekanntlich der Artikel im Landboten, in dem der Fall an der Brünnelihöhestrasse beschrieben wurde. Das Baubewilligungsverfahren wurde nicht ganz so abgewickelt, wie es sein sollte. Offenbar ist das pro Jahr ca. 60 Mal der Fall, vor allem bei Kleinbauten, für die per Behördeninitiative das Baubewilligungsverfahren abgeschafft werden soll. Das heisst solche Fälle werden dann vielleicht noch 10 Mal pro Jahr eintreten. Die Relation zur Anzahl erteilter Baubewilligungen wäre interessant gewesen. Die Interpellation versucht mit verschiedenen Schlagworten ein Skandalchen zu kreieren. Zitat: „Sind vor dem Gesetz nicht alle gleich“ oder „unterschreibt der Bauausschuss einfach die vom Bausekretär vorgelegten Beschlüsse“. Schlussendlich bleibt, gemäss Interpellationsantwort, vom Skandalchen nicht mehr viel übrig. M. Stauber findet es störend, dass dieser Vorstoss den Geist der Verhinderung atmet. Nachbarn, die sich gegen ein Bauvorhaben wehren, sollen mitreden können, auch wenn dieses Vorhaben klar bewilligungsfähig ist. Das, was die Partei von W. Langhard bei den Verbänden als Behinderung empfindet, Stichwort Verbandsbeschwerderecht, wird bei Privaten fast heilig gesprochen, obwohl es ein Mehrfaches an Privatrekursen gibt, verglichen mit den Verbandsrekursen, obwohl es durch Privatrekurse viel mehr Verzögerungen gibt und obwohl die Erfolgsquote bei Privatrekursen bei den höheren Instanzen viel kleiner ist. In diesem Sinne ist es der Fraktion Recht, dass die Interpellation heute erledigt wird.

K. Cometta (GLP/PP): Beim Bauamt sind Fehler passiert – eigentlich drei Fehler. Zuerst eine unvollständige Auskunft, danach wurde nicht überprüft, ob die Pläne stimmen und zudem war die Kommunikation schlecht, insbesondere gegenüber den Rekurrenten. Es ist gerade bei Solaranlagen, die im öffentlichen Interesse liegen, besonders wichtig, dass die Verfahren sauber geführt werden, andernfalls schadet man der Sache. Es darf nicht sein, dass man bei sinnvollen Projekten oder vertrauenswürdigen Bauherrschaften nachlässig wird. Wenn der Eindruck erweckt wird, dass für die Grossen andere Regelungen gelten, als für die Kleinen, dann schadet das der Stadtverwaltung und auch dem Ruf von Winterthur. Es

ist klar, wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Aber es ist zwingend notwendig, dass man aus den Fehlern lernt. Wenn auf der Homepage des Bauamtes noch immer steht, dass es nur eine Bewilligungspflicht braucht, wenn die Baute grösser ist als 35 Quadratmeter – ohne die Einschränkung betreffend Abstand zu erwähnen – dann hat das Bauamt nicht sehr viel gelernt. Diese Auskunft müsste vervollständigt werden. Was ebenfalls sauer aufgestossen ist, ist die Antwort zu Frage 3. Darin erklärt der Stadtrat lapidar, dass es ein Fehler des entsprechenden Sachbearbeiters war. Ein Chef stellt sich vor seine Mitarbeitenden und nimmt auch die Fehler von anderen auf seinen Buckel. Vor allem muss man dafür sorgen, dass die Prozesse so laufen, dass entsprechende Fehler nicht passieren. In diesem Sinne nimmt die GLP/PP-Fraktion die Antwort eher kritisch zur Kenntnis.

Stadträtin P. Pederngana: Viel gibt es nicht mehr dazu zu sagen. Der Stadtrat hat dargelegt, wie es zu diesem Fall gekommen ist. Vielleicht geht etwas zu wenig aus der Antwort hervor, dass ein permanenter Austausch mit dem Baupolizeiamt stattfindet, und dass aus Reklamationen die Lehren gezogen werden. Stadträtin P. Pederngana wäre froh um genauere Angaben darüber, was im Internet falsch aufgeführt ist. Es ist recht anspruchsvoll, das Internet ständig à jour zu halten. 900 Baugesuche wurden im Jahr 2011 eingereicht. Bei 900 Baugesuche, die mehr oder weniger mit dem gleichen Personalbestand bewirtschaftet werden wie die Gesuche in früheren Jahren, können tatsächlich Fehler passieren. Aktuell liegt die Bausumme bei ca. 900'000 Millionen, früher lag sie bei ca. 650'000 Millionen. Nicht nur in Bezug auf die Baubewilligungsverfahren, sondern auch nachher, wenn die Baustellen kontrolliert werden müssen, gibt es viel mehr Arbeit als früher. Eigentlich müsste die Stadt, wenn die Gesuche in der gleichen Tiefe bearbeitet werden sollen, Personal aufstocken. Das ist aber nicht so einfach. Man muss davon ausgehen, dass, wenn die gleiche Anzahl Personen viel mehr leisten müssen, keine Null-Fehler-Kultur aufrechterhalten werden kann. Da und dort passieren Fehler. Seitens des Departements Bau ist Stadträtin P. Pederngana sehr froh um die Behördeninitiative, die allenfalls von der Bewilligung der Kleinstbauten entlasten könnte.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit ist das Geschäft 10/074, Beantwortung der Interpellation betreffend Baubewilligungsverfahren erledigt und wird abgeschrieben.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2010/079: Beantwortung der Interpellation F. Künzler (SP), R. Diener (Grüne/AL), L. Banholzer (EVP/EDU) und B. Meier (GLP/PP) betreffend Verkehrskonzept Eschenberg-Bruderhaus

F. Künzler (SP): Es ist bedauerlich, dass der Stadtrat nicht willens ist, das grösste Naherholungsgebiet, nämlich den Eschenbergwald, an gut frequentierten Tagen nachhaltig vom Autoverkehr freizuhalten. Fast scheint es, wenn man die Interpellationsantwort liest, dass der Stadtrat nie auf dem Eschenberg war und die Situation lediglich vom Hörensagen kennt. Jedes Parkhaus hat eine Barriere, die geschlossen wird, wenn das Parkhaus voll belegt ist. Damit werden weitere Zufahrten verhindert. Auch auf dem Eschenberg gibt es eine limitierte Anzahl Parkplätze. Bei Vollbelegung sollte man die Zufahrt bereits an der Langgasse oder beim Seemberuck verhindern. Die Nachfrage nach Parkplätzen übersteigt an schönen Tagen das Angebot bei weitem. Die Folge sind Parkplatzsuchverkehr und parkierte Autos auf Waldwegen. Ein Durchkommen mit Kinderwagen ist fast unmöglich, verärgerte Spaziergängerinnen und Spaziergänger stören sich am Gestank und am Lärm der Autos und die Autofahrer sind frustriert, wenn sie hohe Parkbussen bezahlen müssen. Der Stadtrat ignoriert, trotz besserem Wissen, die Situation. Seit 2008 liegt ein Verkehrskonzept vor, das explizit die Umsetzung der Variante 3 fordert. Doch der Stadtrat baut noch mehr Parkplätze beim Restaurant Eschenberg. Das konnte man am 3. September 2011 im Landboten lesen. Anstatt die bestehenden Parkplätze auf dem Eschenberg kostenpflichtig zu machen, werden 30 weiter gebaut. Diese 30 Parkplätze sind zwar von höherer Instanz bewilligt worden. Aber

auch in dieser Bewilligung wird unmissverständlich empfohlen, die Parkplätze zu bewirtschaften. Das Parlament hat kürzlich den Gestaltungsplan Reitplatz bewilligt. Die Parkplätze beim Reitplatz werden bewirtschaftet. Der Stadtrat spricht in seiner Interpellationsantwort von 10 bis 20 Spitzentage im Frühsommer und im Herbst. 2012 beginnt der Frühsommer offenbar bereits am 15. Januar. F. Künzler war an diesem Tag auf dem Eschenberg bei sonnigem Wetter und Minustemperaturen. Das Restaurant Bruderhaus war geschlossen. Trotzdem haben sich die Autos gestaut. Nicht alle haben einen Parkplatz gefunden. Weit und breit waren keine Verkehrskadetten anzutreffen und auch kein Polizist, der Bussen verteilt hätte. Gedacht ist das Bruderhaus als Naherholungsgebiet für Winterthurerinnen und Winterthurer. Es besuchen aber vor allem Auswärtige das Bruderhaus mit dem Auto. Versteht der Stadtrat unter einem Naherholungsgebiet für die lokale Bevölkerung ein Gebiet, in dem die Autos jedes Wochenende einen Verkehrskollaps produzieren? In diesem Sinne nimmt die SP die Interpellationsantwort im ablehnenden Sinne zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL) dankt für die Interpellationsantwort. Die Grüne/AL-Fraktion nimmt sie mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Sie möchte diese aber nicht ganz so negativ beurteilen wie F. Künzler. Einige Punkte gefallen R. Diener aber nicht. Es gibt aber auch positive Aspekte: Die Grüne/AL-Fraktion anerkennt die Bemühungen des Stadtrates. Er hat bereits Verbesserungen eingeleitet. Die illegalen Parkierungen im Wald konnten aufgehoben werden, das heisst ein Parkverbot wurde signalisiert. Diese Signalisation soll jetzt mit unterstützenden Elementen verstärkt werden. Der Einsatz von Kadetten wurde für Spitzentage eingeführt. Man hat für den Busbetrieb ebenfalls Verbesserungen erreicht, indem die Strasse zum Bruderhaus, wenn der Bus die Strecke befährt, für den privaten Verkehr gesperrt wird. Auch diese Entwicklung ist positiv. Der Bus wird immer intensiver genutzt. Dass allerdings noch immer Überlaufparkplätze auf der grünen Wiese genutzt werden, ist ein Problempunkt. Das trifft auch auf den Suchverkehr zu. Diese Punkte müssen unbedingt gelöst werden. Es ist sicher so, dass der Busfahrplan noch nicht verdichtet werden kann. Ein 15 Minuten Takt wäre nicht wirtschaftlich, muss aber für die Zukunft ins Auge gefasst werden. Das Verkehrskonzept schlägt vor, dass klare Zufahrtsregelungen und die Bewirtschaftung der Parkplätze eingeführt werden sollen.

Die Signalisation der Zufahrten ist immer noch verwirrend. Das ist auch in den Antworten klar ausgewiesen. Für die Autofahrer ist das eine unglückliche Situation. Es wäre zweckmässig mit einer Schranke Klarheit zu schaffen. Das wäre gut möglich bei der Zufahrt von der Breite her. Diese Schranke könnte geschlossen werden, wenn der Bus fährt. Der Busfahrer könnte diese elektronisch betätigen. Damit könnte eine klare Situation für die Autofahrer geschaffen werden. Der Eschenberg kann auch über die Zufahrten von Waldheim und der Seenerstrasse her erreicht werden. Wenn die Strasse vom Seemerbuck her geschlossen würde und gleichzeitig die Schranke von der Breite her, gäbe es nur noch die Zufahrt von Waldheim her. Dort könnte man sehr gut mit Kadetten Kontrollen und eine Bewirtschaftung der Parkierung durchführen. Die Kadetten könnten einen Beitrag für die Parkierung einziehen. Die Parkplatzbewirtschaftung muss in den Walderholungszone und am Waldrand umgesetzt werden. Das ist ein Auftrag, der an den Stadtrat herangetragen und mittelfristig umgesetzt werden muss. Falls das aus Kostengründen noch nicht umgesetzt werden kann, wäre die vorgeschlagene Zwischenlösung sinnvoll. Fazit: Die Grüne/AL-Fraktion erwartet, dass im Rahmen des Konzepts die nächsten Schritte eingeleitet werden – zum einen ist das eine Schranke bei der Breite und zum anderen die stärkere Kontrolle der Zufahrten. Entsprechend sollen alternative Parkplätze beim Teuchelweiher bereitgestellt werden.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und anerkennt auch den schwierigen Spagat zwischen den Bedürfnissen der motorisierten Bevölkerung, den kommerziellen Erwartung der Wirte auf dem Eschenberg, dem Bedürfnis nach einem ruhigen und vom Verkehr entlasteten Naherholungsgebiet und weiteren Ansprüchen. Der Anteil der Benutzer des ÖV ist zwar 2011 gestiegen, hat aber nicht ausgereicht, um Engpässe im Parkplatzangebot zu vermeiden. Deshalb ist die Aussage von Stadtrat M. Gfeller im Landboten vom Dezember 2011, dass eine Parkplatzbewirtschaftung ins Auge gefasst wird, logisch. Es ist eine bekannte Tatsache, dass Gebüh-

ren auch eine Lenkungswirkung haben. Eine Fahrt auf den Eschenberg beeinträchtigt die Natur und die Menschen, die sich zu Fuss im Wald bewegen. Wer das Recht haben will, mitten im Wald einen Parkplatz vorzufinden und das Erholungsangebot nutzen will, kann auch einen kleinen Beitrag zahlen. Das gleiche gilt auch für die neu geschaffenen Parkplätze beim Restaurant Eschenberg. Die EVP/EDU-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat die Situation im Auge behält und, wenn sich die aktuellen Massnahmen nicht bewähren, die Lösung mit einer Schranke umsetzt. Die Parkplatzbewirtschaftung soll sofort umgesetzt werden. Die EVP nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis.

B. Meier (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Es ist aus der Sicht der Grünliberalen absolut unverständlich, warum der Stadtrat so zögerlich agiert und offensichtlich kein Gegensteuer geben will zur Verkehrsproblematik auf dem Eschenberg. Die Steuerzahler sollen Parkplätze erstellen und Kontrollen finanzieren. Eine Parkplatzbewirtschaftung wird allenfalls für Spitzenzeiten und eher Mittelfristig erwogen. Die Natur, die Fussgänger und die Velofahrerinnen und Velofahrer müssen mit den negativen Auswirkungen des Autoverkehrs leben. Es mag sein, dass das Ei des Columbus bezüglich Parkleitsystem oder Pfortneranlage noch nicht gefunden ist. Zumindest eine sofortige Einführung der Parkplatzbewirtschaftung soll realisiert werden, die sich, angesichts der im Sommer 2011 vom Kanton per Ausnahmegewilligung erlaubten 30 zusätzlichen Parkplätze beim Restaurant Eschenberg, sowieso aufdrängt. Die Parkplatzbewirtschaftung ist aus Gründen der Gerechtigkeit, nämlich aufgrund des Verursacherprinzips und des Lenkungseffekts, dringend. Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Antwort im ablehnenden Sinn zur Kenntnis.

D. Schneider (FDP): Die FDP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis. Es ist wichtig, dass das Bruderhaus generell eine gute Infrastruktur zur Verfügung stellen kann, damit auch Familien mit dem Auto anfahren und parkieren können. Alle, die Kinder haben, wissen, wie wichtig das ist. Man muss im Auge behalten, dass diese Parkplätze gut bewirtschaftet werden. Besonders sympathisch ist, dass dieses Problem mit Kadetten gelöst wird. Die FDP ist gegen eine Lösung mit Barrieren. D. Schneider wohnt im Iberg. Die Anfahrt vom Seemerbuck her ist kein Problem, sie wird nicht als Schleichweg genutzt. Die aktuelle Lösung ist sinnvoll. Auch, dass ein Bus auf den Eschenberg fährt, ist gut und angemessen. Der Stadtrat hat mit Augenmass gehandelt.

M. Baumberger (CVP) kann sich weitgehend dem Vorredner anschliessen. Das Problem ist nur an wenigen Tagen dramatisch. Es scheint, dass eine komplizierte Lösung für ein kleines Problem gefordert wird. Die CVP freut in erster Linie, dass viele Menschen den Eschenberg als Naherholungsgebiet nutzen und die Natur geniessen können. Es wäre schön, wenn die unkomplizierte Situation beibehalten werden könnte. M. Baumberger geht davon aus, dass der Stadtrat das auch gewährleisten kann.

M. Wäckerlin (GLP/PP): In den Voten von F. Künzler und R. Diener ist ein Mangel auszumachen. Wenn man jetzt den Bus auf den Eschenberg nehmen wollte, müsste man zwei Monate warten bis der erste Bus überhaupt fährt. Vor dem 4. März fährt kein Bus. Man kann nicht verlangen, dass ein Weg für Autos gesperrt wird, obwohl der Busbetrieb noch nicht aufgenommen worden ist. Der Bus fährt am Mittwochnachmittag, am Samstagnachmittag und am Sonntagnachmittag. Schon wer zur Sternwarte will, kann nicht den Bus nehmen, weil er ohne Auto nicht mehr zurück fahren kann. Von daher ist eine zeitweise Sperrung nicht zu rechtfertigen. M. Wäckerlin ist grundsätzlich gegen eine Sperrung. Es kann nicht sein, dass man nicht mit dem Auto hinauffahren kann, wenn man die Sternwarte besuchen will, weil man abends nach dem Besuch mit kleinen Kindern, die müde sind, durch den dunklen Wald zu Fuss in die Stadt zurückkehren müsste. Gegen Parkplatzbewirtschaftung hat M. Wäckerlin keine grundsätzlichen Einwände. Insgesamt nimmt er die stadträtliche Antwort positiver zur Kenntnis als der Rest der Fraktion.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie im positiven Sinn zur Kenntnis. Ganz wichtig ist, dass sich der Stadtrat eindeutig gegen eine komplette Sperrung ausspricht. Das wäre völlig widersinnig. Es ist richtig, dass zu Spitzenzeiten ein Bus eingesetzt wird, sonst kann man mit dem Auto hinauffahren. Komisch ist, dass man eine Park-and-ride-Anlage ab dem Teuchelweiher schaffen will. Eine solche Anlage ist mitten in der Stadt nicht unbedingt sinnvoll. Es müssen genügend Parkplätze vorhanden sein, sodass die beiden Restaurationsbetriebe keine wirtschaftlichen Nachteile erfahren. Die SVP verschliesst sich nicht gegen eine Bewirtschaftung. Dafür kann eine vernünftige Lösung gesucht werden. Die Kosten für das Parkieren können zum Beispiel erstattet werden, wenn man etwas in den Restaurants konsumiert. Die SVP ist mit dem Stadtrat einverstanden – keine komplette Sperrung und genügend Parkplätze für die Restaurants.

Stadtrat M. Gfeller dankt dem Gemeinderat für die differenzierte Beurteilung der Interpellationsantwort. Er hat nicht erwartet, dass sie bei allen auf Begeisterung stösst. Zwei Stichworte möchte er aber zu bedenken geben: Das eine ist die Verhältnismässigkeit. Man muss sich überlegen, ob es sinnvoll ist ein Bewirtschaftungskonzept aufzustellen, das nur an den schönen Wochenenden trägt. Das Verkehrskonzept, das mehrfach zitiert worden ist, besagt, dass man mit mindestens 100'000 Franken Erstellungskosten rechnen muss. Die mutmasslichen Einnahmen würden kaum ausreichen, den Unterhalt der Bewirtschaftungsanlage zu decken. Wenn es um Strassen im Wald geht, insbesondere um asphaltierte Strassen, setzt Stadtrat M. Gfeller das Geld lieber ein, um die Strassenbeläge, die Vollwasserstoffe enthalten, die nicht sehr gesund sind, zurückzubauen, als ein Bewirtschaftungskonzept zu realisieren, das viel kostet und den Wirten eher Ärger bringt als Freude. Der Stadtrat ist nach wie vor davon überzeugt, dass damit kaum eine starke verkehrslenkende Wirkung erzeugt werden kann. Richtig ist, dass die Situation verbessert werden kann. Wenn es sich lohnt mit dem Bus das ganze Jahr an den Wochenenden zu fahren, wird Stadtbus diesen Ansatz aufnehmen und mit dem ZVV verhandeln. Die Kosten wird der ZVV zumindest für die ersten 2 bis 4 Jahre aber nicht übernehmen. Dieser Bus müsste Winterthur mit Steuergeldern bezahlen. Stadtrat M. Gfeller hat immer dafür plädiert schrittweise vorzugehen. Er ist aber nicht einfach stehengeblieben. Der letzte Schritt, der unternommen wurde, ist der Einsatz von grossen Bussen. Damit ist die Linie für Familien mit Kinderwagen wesentlich attraktiver. Das Verkehrschaos ist nicht wesentlich grösser geworden. Die Lage hat sich eigentlich stabilisiert. Das hängt aber immer vom Wetter ab. Als nächster Schritt wird der Stadtrat einen ganzjährigen Wochenendbetrieb prüfen. Wenn das gut läuft, kann eventuell während der Woche täglich mit dem Bus gefahren werden. Das ist aber zu Spitzenverkehrszeiten nicht möglich, weil die Busse für andere Linien benötigt werden. Wenn diese Versuche positiv sind, dann kann über Sperrungen oder Parkplatzgebühren diskutiert werden. Es ist aber sinnvoll diese pragmatische Reihenfolge einzuhalten und die Verhältnismässigkeit im Auge zu behalten.

Ratspräsidentin D. Schraft: Damit ist das Geschäft 10/079, Beantwortung der Interpellation betr. Verkehrskonzept Eschenberg-Bruderhaus erledigt und wird abgeschrieben.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2009/070: Antrag und Bericht zum Postulat F. Helg (FDP) und J. Lisibach (SVP) betreffend Wiederherstellung der Busverbindungen von/zu den Zentren der Stadtteile Wülflingen und Töss (nach Aufhebung der Buslinie 8)

F. Helg (FDP): Bis im Dezember 2008 war die Busverbindung im Schlosstal wie folgt organisiert: Die Buslinie 8 hat das Zentrum Töss über Nägelsee, Schlosstal, Aussendorf mit dem Lindenplatz verbunden. Damit konnten quartierinterne Verbindungen sichergestellt werden. Einerseits von Nägelsee zum Zentrum Töss und andererseits vom Schlosstal zum Lindenplatz. Diese Linie 8 wurde dann ergänzt mit der Linie 7, die zu Spitzenzeiten den Haupt-

bahnhof mit dem Schlosstal und dem Lindenplatz direkt verbunden hat. Im Dezember 2008 hat ein Wechsel stattgefunden. Die Linie 8 wurde aufgehoben und ersetzt durch die Linie 7, die den Hauptbahnhof direkt mit dem Bahnhof Wülflingen verbindet. Was fehlt, ist die Quartierverbindung des Zentrums Töss zum Nägelsee beziehungsweise vom Schlosstal zum Lindenplatz. Es ist zurzeit nicht möglich von Nägelsee die Post in Töss mit dem Bus zu erreichen ohne umzusteigen. Auch vom Bahnhof Wülflingen kann man nicht mehr direkt zum Lindenplatz fahren. Das ist die Ausgangslage. F. Helg dankt dem Stadtrat für die ausführliche Darstellung der Problematik und der Lösungsmöglichkeiten im Bericht. Als kurzfristige Massnahme wird ein Sammeltaxi vorgeschlagen. Das würde Kosten von rund 180'000 Franken jährlich verursachen und der Bus wäre lediglich täglich während zwei Zeitfenstern verfügbar. Im weiteren ist eine Ergänzungslinie zur Linie 7 postuliert, die quartierinterne Verbindungen gewährleisten würde. Das würde pro Jahr 200'000 Franken kosten. Selbst wenn man aus der Sicht der Quartiere nach wie vor gute Gründe hat weiter am Ball zu bleiben, sind die Kosten enorm und aus heutiger Sicht nicht verantwortbar.

Mittelfristig ist eine weitere Lösung mit einer anderen Linieführung angezeigt, nämlich einem teilweisen Linientausch der Linien 2 und 7. Die Linie 2 würde vom Lindenplatz nicht mehr Richtung Wülflingen oder Härte führen, sondern ab der Haltestelle Langwiesen Richtung Bahnhof Wülflingen. Das heisst, die Leute, die im Bereich Wyden/Niederfeld wohnen, hätten damit eine Verbindung ins eigene Quartierzentrum und umgekehrt würde die Linie 7 über Unterdorf nicht mehr zum Bahnhof Wülflingen führen, sondern Richtung Wülflingen Härte. Die Haltestelle Langwiesen wäre ein Umsteigepunkt. Diese Lösung hat tatsächlich ein gewisses Potential. Aber auch hier sind die Kosten mit jährlich 1,5 Millionen enorm – zuzüglich des Investitionsbedarfs für den Bau von Fahrleitungen. Das Fazit ist vom Ergebnis her aus Sicht der Quartiere eher ernüchternd, aber nachvollziehbar. Insofern nimmt die FDP-Fraktion positiv Kenntnis von diesem Bericht. Vielleicht mit einem gewissen Vorbehalt. Man muss die zukünftige Entwicklung im Auge behalten. In nächster Zeit müssen wahrscheinlich gewisse Linienführungen überprüft werden – zum Beispiel eine Buslinie durch das Sulzerareal Stadtmitte. Der Stadtrat hat den Auftrag ein Projekt auszuarbeiten. Es gibt sicher innovative Lösungsmöglichkeiten, die es erlauben die Linie ohne grossen Aufwand weiterzuführen, zum Beispiel bis zum Bahnhof Töss, Zentrum Töss und Tägelsee. Umgekehrt wird in Wülflingen sicher der Punkt erreicht, an dem das Wachstumsgebiet Maienried an den öffentlichen Verkehr angeschlossen werden muss. Diese Zone ist noch nicht erschlossen. Auch dort könnte man sich eine innovative Lösung vorstellen – zum Beispiel eine Schlaufe Richtung Niederfeld und Schlosstal. Die FDP erwartet, dass der Stadtrat diese Fragen nicht einfach ad Acta legt, sondern die Situation im Auge behält, von Seiten der Quartiere wird das sicher der Fall sein.

J. Lisibach (SVP): Wie im Postulat beschrieben, sind die Zentren Wülflingen und Töss mit dem ÖV ausschliesslich via Hauptbahnhof erreichbar. Der Lindenplatz, das Zentrum von Wülflingen, ist von Neftenbach aus direkt in 8 Minuten erreichbar. Von der Bergblumenstrasse in Wülflingen, sind es 34 Minuten und vom Quartier Aussendorf sind es 24 Minuten mit umsteigen am Hauptbahnhof. Man kann jetzt sagen, dass die Leute auch zu Fuss gehen könnten. Es gibt aber Leute, die das nicht schaffen. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die vorliegende Postulatsantwort und nimmt sie notgedrungen zustimmend zur Kenntnis. Zustimmend, weil es tatsächlich keine finanziell verantwortbare Variante gibt, um alle Quartiere mit den Stadtteilzentren zu verbinden. Bei den beiden Varianten Sammeltaxi und Ergänzungslinie, sind die Kosten zwar tiefer aber dafür ist es höchst fraglich, ob das Angebot auch genügend Benutzer finden würde. Eine kleine Rüge ist trotzdem dem Stadtrat zu erteilen. Sowohl Töss als auch Wülflingen sind Stadtteile und keine Quartiere. In der Postulatsantwort ist von Quartierzentren die Rede. Möglicherweise ist das die Folge der Tatsache, dass der Verfasser dieses Papiers in einer Aussengemeinde wohnt und mit dem ÖV zwar gut in die Stadt kommt, aber die Stadt nicht kennt.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion nimmt die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Es geht um eine Güterabwägung. Einerseits ist die Quartierfreundlichkeit, sehr wichtig. Es ist identitätsstiftend, wenn das Zentrum eines Stadtteils gut erreichbar ist – für Betagte, Rollstuhlgänger und Kinder ist das besonders wichtig, aber auch für Besucher. Sicher ist es be-

rechtigt, dass diese Fragen gestellt wurden. Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, kostet die Wiederherstellung der Busverbindungen von und zu diesen Zentren sehr viel. Bei einer Güterabwägung müssen auch die Kosten mit einbezogen werden. Der Stadtrat kommt zum Schluss, dass der erwartete Nutzen die Kosten in dieser Höhe nicht rechtfertigt. Die mittel- bis langfristige Perspektive ist sicher der Abtausch der Endhaltestelle der Linien 2 mit der Linie 7 ab Haltestelle Langwiesen. Bis dahin ein Provisorium einzurichten, würde sich nicht lohnen. Die wiederkehrenden Kosten sind sehr hoch. Der Nutzen ist fraglich. Man weiss nicht genau, ob das Angebot von der avisierten Personengruppe auch genutzt würde. Damit würde auch der Druck, eine definitive Lösung zu finden, vermindert. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort. Gesamthaft gesehen hat sich der Stadtrat eingehend mit den Forderungen beschäftigt. Die EVP/EDU-Fraktion ist erfreut, dass die Linie 7 bessere Fahrgastzahlen aufweisen kann. Sie ist aber der Meinung, dass die 400 Meter bis zur nächsten Bushaltestelle längerfristig überprüft werden müssen. Am Anlass von Spitex plus ist diese Distanz angesprochen worden. Für Personen über 80 ist diese Distanz meist zu gross. Das muss auch der ZVV längerfristig prüfen. Am Wülflinger Forum war der Lindenplatz ein wichtiges Thema, gerade auch für ältere und gehbehinderte Personen. Die Kosten sind ein wichtiger Punkt. Längerfristig müssen weitere Varianten geprüft werden, auch wenn die Varianten Sammeltaxi und Ergänzungslinie zur Linie 7 zu teuer sind. Das Thema darf nicht einfach beiseite gelegt werden. Die Wülflinger Bevölkerung wird genau hinschauen wie es weitergeht. Alles, was den Lindenplatz anbelangt, ist für Wülflingen sehr wichtig. Deshalb muss eine gute Lösung gefunden werden. Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis und dankt dem Stadtrat für die ausführlichen Begründungen. Sie teilt die Auffassung der Vorrednerinnen und Vorredner, dass Sammeltaxi und Kleinbus nicht zweckmässig wären und vermutlich das Kosten/Nutzenverhältnis negativ ausfallen würde. Was die Variante Sammeltaxi anbelangt, könnten auch andere Quartiere ähnliche Forderungen stellen. Das würde rasch ausufern. Die Situation des Anschlusses an das Quartierzentrum ist in Töss anders als in Wülflingen. In Töss liegt die Haltestelle Schöntal relativ nahe beim Zentrum Töss. Der Abstand liegt noch knapp innerhalb des üblichen Angebots des ZVV. In Wülflingen ist die Situation dramatischer. Nicht nur, weil der Abstand zur Haltestelle grösser ist, sondern weil keine Umsteigemöglichkeiten bestehen. In Töss ist ein Umsteigen möglich. In Wülflingen muss man zu Fuss gehen oder den Umweg über den Hauptbahnhof in Kauf nehmen. Das kann keine Lösung sein für die Zukunft. Es ist ganz wichtig festzuhalten, dass ein Weg von 400 Metern bis zur nächsten Haltestelle nicht zumutbar ist. In Zürich sind es 300 Meter, diese Bedingungen müssten auch für Winterthur gelten. Der Stadtrat muss sich beim Kanton dafür stark machen. Ansonsten müssen längerfristig die Linien besser geplant und aufeinander abgestimmt werden. Das wird aber sicher viel Geld kosten. Deshalb muss auch der Nutzen genau geprüft werden. Entsprechende Änderungen können auch im Verbund mit anderen Zwecken der Erschliessung erfolgen. Man könnte auch über die Haltestelle Oberfeld eine Linie zum Lindenplatz und dann zum Bahnhof Wülflingen führen. Auch hier könnte eine Umsteigebeziehung gewährleistet werden. Die Grüne/AL-Fraktion möchte den Stadtrat ermutigen weiterzudenken und dankt ihm für die Antwort.

B. Meier (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Er hat die Möglichkeiten für eine bessere Erschliessung auftragsgemäss grob geprüft, verweist aber richtigerweise auf die relativ kleinen Distanzen zur neuen Linie 7, zu den Zentren und auf die Kosten/Nutzen-Überlegungen. Immerhin besteht die Aussicht, dass mit der Erschliessung der Quartiere Wässerwiesen und Wyden Verbesserungen in Zukunft möglich werden. Eher von anekdotischem Interesse ist der Hinweis auf die Distanz von 400 Meter. Dank der ausführlich geführten Parkhausdebatte ist bekannt, dass man im Bereich der Altstadt durchschnittlich 240 Meter von den Parkhäusern bis zum Ziel in der Altstadt zurücklegen muss. Dem Benutzer des ÖV in den Quartieren oder in anderen Stadtteilen mutet man aufgrund der kantonalen Angebotsverordnung 400 Meter Luftlinie zu und das gilt dann als

mit dem ÖV erschlossen. Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Postulatsantwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

Stadtrat M. Gfeller: Die erwähnten 400 Meter sind keine Anekdote. Diese Distanz gilt grundsätzlich auch für die Stadt Zürich und ist in der Angebotsverordnung des Kantons verankert. Der Stadtrat würde sich über Bestrebungen freuen, die Distanz auf 300 Meter zu reduzieren. Wenn man das nicht macht, bleibt es beim Inhalt der Postulatsantwort. Die vorgeschlagenen Änderungen würden nur zum Teil vom ZVV bezahlt. Auch die Versuche mit einem Sammeltaxi müsste Winterthur mit Steuergeldern bezahlen. Die Vorschläge, was alles gemacht werden könnte, sind schön und gut. Die Stadt wird sich vielleicht in den nächsten 4 Jahren einen Versuch mit einer Quartierbuslinie leisten können. Stadtbus hat versucht, abends Iberg, Eidberg und Gotzenwil mit einem Halbstundentakt zu bedienen. Stadtrat M. Gfeller ist auch hier für Vorschläge offen. Es ist denkbar, dass diese Verbindungen auf einen Stundentakt reduziert werden, damit das Geld in einem anderen Quartier eingesetzt werden kann, um weitere Versuche zu starten. Nur wenn von Zeit zu Zeit entsprechende Versuche gemacht werden, können die effektiven Bedürfnisse der Bevölkerung ermittelt werden. Solange in der Angebotsverordnung die 400 Meter festgeschrieben sind, gelten die Stadtteilzentren von Wülflingen und Töss als erschlossen. Das ist der Massstab, den der ZVV nicht nur für Winterthur anwendet sondern für den ganzen Kanton. Mit dem riesigen Volumen, das die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich (VBZ) in der Stadt Zürich an Umsatz und Einnahmen generiert, kann es sich die Stadt eher leisten eine grosszügigere Lösung zu fahren. Im ZVV erbringen die VBZ 60 % der Verkehrsleistungen aller Busse und Trams. Dass die VBZ über ein anderes Potential verfügen, muss Winterthur zur Kenntnis nehmen. Nicht zuletzt, weil Winterthur eine Gartenstadt ist und damit relativ dünn besiedelt ist, kann sich Stadtbus die kurzen Distanzen nicht überall leisten. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass es nicht einfach ist eine Lösung zu finden, die alle überzeugt. Das sogenannte Ei des Columbus hat auch Stadtbus nicht gefunden. Für Interessante Vorschläge ist der Stadtrat weiterhin offen. Stadtrat M. Gfeller dankt für die Aufnahme der Antwort.

Ratspräsidentin D. Schraft: Es wurde kein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme gestellt. Damit ist das Geschäft 09/070, Antrag und Bericht zum Postulat betr. Wiederherstellung der Busverbindungen von/zu den Zentren der Stadtteile Wülflingen und Töss erledigt und wird abgeschlossen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2010/085: Beantwortung der Interpellation B. Meier (GLP/PP) betreffend Strategie für Smart Grid und Smart Metering

B. Meier (GLP/PP): Die Interpellation fragt nach der Strategie, die der Stadtrat und Stadtwerk Winterthur bezüglich der zukünftigen Potentiale von intelligenten Stromnetzen und intelligenten Stromzählern verfolgen. Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für das detailliert Eingehen auf die komplexe Thematik. Der Stadtrat hat erkannt, dass intelligente Netze in Zukunft bezüglich Preis und Netzlast stabilisierend wirken können. Auch wenn durch die dezentrale Einspeisung, zum Beispiel von Sonnenenergie, aktuell noch keine grösseren Probleme mit der Netzstabilität bestehen, wird die rasche Zunahme des Verbrauchs durch Wärmepumpen als Grund angeführt, dass bereits heute vermehrt Netzverstärkungen notwendig werden. Dass die dezentrale Einspeisung von Strom allenfalls eine Chance sein könnte, dass diese Netzverstärkungen überflüssig werden oder deren Einsatz hinausgeschoben werden kann, weil bereits auf der normalen Versorgungsebene in Quartieren oder in Gewerbezentren ein teilweiser Ausgleich von Produktion und Verbrauch möglich wird, steht weit hinten auf der Agenda. Immerhin beobachtet die Stadt einen entsprechenden Feldversuch in Rheinfelden. Ein Hauptanliegen dieser Interpellation, nämlich der mögliche Beitrag von intelligenten Stromzählern, um das Stromsparen zu ermitteln und zu realisieren, wird vom Stadtrat völlig stiefmütterlich behandelt. Einfach festzustellen, dass das vom Bun-

desamt für Energie postulierte Einsparpotential von 5 bis 6 % in Haushalten nicht zu erreichen sei, ist doch etwas billig. Die Aussage, dass Langzeitstudien zu diesem Thema fehlen, ist schlicht falsch. Es gibt neben der Studie vom Bundesamt für Energie, eine Studie über 7 Europäische Studien, die durchschnittlich ein Einsparpotential von 11 % ermitteln und es gibt eine nordamerikanische Arbeit, die aus 12 unterschiedlichen Länderstudien ein Potential von durchschnittlich 7 % ermittelt. Weil die Schweiz in Bezug auf diese Technologien ein Entwicklungsland ist, muss man den Blick über die Grenze wagen.

Die Haltung des Stadtrates ist schlussendlich, das muss man vermutlich schulterzuckend zur Kenntnis nehmen, einfach ein Ausdruck davon, dass ihm Stromsparen zwar rhetorisch ein wichtiges Anliegen ist, schlussendlich aber dafür kein wirklicher Anreiz und kein Auftrag besteht und deshalb nicht wirklich etwas passiert. Bezüglich der städtischen Vorhaben für zukünftige Investitionen in intelligente Netze und Zähler verweist der Stadtrat richtigerweise auf das grosse Spannungsfeld, dass einerseits im Bereich Stromversorgung auf rechtlicher und technischer Ebene sehr viel passiert und die erwähnten Technologien ein sehr grosses Potential beinhalten und andererseits in diesem Bereich unklare technische und regulatorische Rahmenbedingungen Risiken bergen, wenn die Stadt eine offensive Investitionsstrategie fährt. Der Stadtrat hat die Optionen abgewogen und hat sich gemäss Interpellationsantwort klar für eine defensiv abwartende Haltung entschieden, das heisst er hat einen risikoreicheren aber auch chancenreicheren Weg verworfen. Vermutlich eine Folge daraus ist, dass Stadtwerk Winterthur nicht zu den 11 Gründungsmitgliedern des Vereins Smart Grid Schweiz gehört, der per Ende August 2011 gegründet worden ist und die Einführung von Smart Grid vorantreiben und folglich auch aktiv tragen wird. Zu diesem Verein gehören, neben der BKW FMB Energie AG und den Centralschweizerischen Kraftwerken (CKW) auch die mächtigsten Nachbarn in der Stromversorgung das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) oder die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ). Der Stadtrat hat sich für eine defensiv abwartende Haltung bezüglich dieser Technologien entschlossen, um Risiken einer offensiveren Strategie zu eliminieren. Dass aber auch diese abwartende Haltung Risiken birgt, wird nicht thematisiert. Während Stadtwerk bei anderen Geschäftsfeldern mit erheblichen Risiken investieren will, mit guten Gründen, zum Beispiel in die Produktion von erneuerbarem Strom oder ins Telekomnetz, wird beim Netzausbau Richtung Smart Grid abgewartet. Das ist zumindest erklärungsbedürftig. Die GLP/PP-Fraktion sieht grosse Risiken, dass mit dem passiven Zuwarten auch Chancen verpasst werden. Wenn die unmittelbaren Nachbarn, EWZ, EKZ und EKT Gas geben im Bereich dieser Technologien und Winterthur abwartet, dann schwimmen Stadtwerk möglicherweise die Felle davon, wenn in 4 Jahren auf für Kleinkunden die Marktliberalisierung kommt. Wenn man einen Blick über die Grenze wirft, zeigt sich folgendes Bild: Im EU Raum wird angestrebt, dass bis 2020 Smart Grid eine Verbreitung von 80 % erreicht, bis 2022 sollen es 100 % sein. Die Schweiz wird dann, beim Takt der momentan angeschlagen wird, ein hellgrauer Fleck auf der Europakarte sein, bezüglich der Verbreitung dieser Technologien. Innerhalb der Nordostschweiz wird das Versorgungsgebiet von Stadtwerk Winterthur voraussichtlich der weisse Fleck sein. Die GLP/PP-Fraktion ist enttäuscht von dieser passiven, abwartenden Haltung des Stadtrates und nimmt die Interpellationsantwort im kritischen Sinn zur Kenntnis.

F. Künzler (SP): Was ist Smart Grid respektive Smart Metering? Im Grunde ist Smart Grid dasselbe, was der Thermostat für die heimische Heizung ist. Es wird dann geheizt, wenn die Aussentemperatur es erfordert. Wenn die Sonne scheint, wird die Heizung abgeschaltet beziehungsweise reduziert. Smart Grid steuert den Stromverbrauch, respektive die Gesamtlast im Strom- und Verteilungsnetz. Jedermann weiss, dass der Geschirrspüler oder die Waschmaschine am günstigsten in den Nachtstunden laufen. Smart Grid ist im Grunde eine intelligente und automatisierte Weiterentwicklung der Nutzung des sogenannten Nachtstromtarifs. In der Interpellationsantwort wird primär wortreich erklärt, was Smart Grid macht, mit konkreten strategischen Schritten hält sich der Stadtrat jedoch zurück. Dabei wäre es eine gescheite Sache. Wünschenswert wäre, wenn der Stadtrat etwas mehr Mut zeigen und auch einmal etwas anpacken würde, selbst wenn das Risiko besteht, dass man sich die Finger verbrennt. Immerhin steht die Behauptung im Raum, dass Smart Grid und Smart Metering 5 oder 6 % Strom einsparen würden. Das ist eine riesige Strommenge. Allein das sollte dem Stadtrat Motivation genug sein, aktiver zu werden. Doch der Stadtrat wartet lieber ab und

schauf was alle ändern machen. Das hält die SP für bedenklich. In diesem Sinn ist sie von der Antwort alles andere als begeistert.

J. Altwegg (Grüne/AL): Im Gegensatz zu den Vorrednern nimmt die Grüne/AL-Fraktion die Interpellationsantwort im positiven Sinn zur Kenntnis. Frage 2: Es ist erfreulich, dass das Winterthurer Netz offenbar über genügend Reserven für die Einspeisung von zentralen und dezentralen Stromlieferanten verfügt. Die intensive Zusammenarbeit in Bezug auf dieses Thema mit Hochschulen ist zu begrüßen. Frage 3: Positiv nimmt die Grüne/AL-Fraktion zur Kenntnis, dass Stadtwerk bereits zwei Pilotprojekte gestartet hat, mit denen sie erhärten kann, ob die Sparprognosen, die teilweise von bis zu 10 oder 15 % Ersparnis ausgehen, tatsächlich zutreffen. Das wird man in den nächsten 1 bis 2 Jahren sehen. Frage 6: Über diese Antwort ist die GLP/PP-Fraktion erstaunt. Offenbar soll ein integrales Smart Metering inklusive Wasser, Gas und Fernwärme langfristig keine Ersparnisse bringen, weil der Vorteil eines Verzichts auf manuelle Ablesung einer Wirtschaftsrechnung nicht standhält. Die aus dem Abbau der Ableserabteilung resultierenden Minderkosten sind, gemäss Meinung des Stadtrates, im Vergleich zu den aus Smart Metering entstehenden Mehrkosten marginal. J. Altwegg dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und nimmt sie positiv zur Kenntnis. Das Papier zeigt klar, dass intelligente Stromnetze und Stromzähler technisch anspruchsvoll sind und dass das Know-how nicht einfach auf der Strasse liegt. Die Einführung von Smart Grid und Smart Metering ist nicht einfach und sehr teuer. Weil es teuer ist, müsste man, wenn man diese Technologie sofort einführen würde, weil gewisse Herren das Gefühl haben Winterthur müsste das als erste Stadt umsetzen, mit höheren Strompreisen rechnen. Das Vorgehen, das der Stadtrat vorschlägt, nämlich dass sich die Stadt an einem Forschungsprojekt beteiligt und einige Tests macht, ist vernünftig. Die SVP traut Stadtwerk zu, dass im richtigen Moment die neue Technologie eingesetzt wird. Die SVP hofft, dass dann der Preis nicht zu hoch sein wird.

St. Feer (FDP): Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis und stellt fest, dass der Stadtrat eine pragmatische Vorgehensweise gewählt hat. Diejenigen, die das Postulat unterzeichnet haben, wünschen eine frühzeitige Investition in sogenannte intelligente Netze und Messeinrichtungen. Zitat: „Selbst wenn noch nicht alle technischen Einzelheiten geklärt sind.“ Im Weiteren darf man feststellen, dass eine Technologie erst dann intelligent ist, wenn sie auch auf dem freien Markt eine Chance hat. Dass vom Stadtrat gewählte Vorgehen, sich Arbeitsgruppen anzuschliessen und Erfahrungen auszutauschen, ist absolut richtig und effizient. Er soll nicht in voreilemdem Gehorsam selber diese Technologie einführen. Aufgrund der unsicheren Entwicklung und Marktakzeptanz von Smart Grid und Smart Metering und vor allem aufgrund der bevorstehenden Stromliberalisierung 2015 ist das Vorgehen von Stadtwerk als richtig zu beurteilen. Für weitergehende Massnahmen sieht die FDP momentan keinen Handlungsbedarf.

M. Wäckerlin (GLP/PP): In der Antwort war immer wieder die Rede von Daten. Der Datenschutz darf aber nicht vergessen werden, davon war noch nicht die Rede.

Stadtrat M. Gfeller: Denjenigen, die behauptet haben, dass Stadtwerk nicht aktiv und innovativ sei und den Datenschutz nicht berücksichtige, möchte der Stadtrat das Gegenteil beweisen. Er bittet die Ratsmitglieder Seite 5 die beiden obersten Abschnitte zu lesen. Stadtrat M. Gfeller durfte vor gut 10 Tagen eine grosse Delegation des Schweizerischen Verbandes der Elektroinstallateure in Winterthur begrüßen, die unter anderem aufgrund des Pilotprojekts Smart Metering nach Winterthur gekommen sind. Sie haben sich das Projekt angeschaut. Stadtrat M. Gfeller hat im Rahmen dieses Besuchs viel positivere Reaktionen erhalten als heute im Rat. In dieser Frage ist ein Schweizerischer Fachverband nicht ganz unmassgeblich. Der Stadtrat sich von diesen Spezialisten folgendes sagen lassen: Wenn ein Stadtwerk, das relativ klein ist, verglichen mit einem Stadtwerk München oder Köln, einen Versuch mit diesen neuen Technologien macht, dann besteht fast keine Möglichkeit zu halbwegs zahlbaren Preisen die notwendigen Versuchsgeräte zu erhalten. In Frankreich

wurden Grossversuche mit neun verschiedenen Produkten gemacht. Das ist aber teuer. Stadtwerk ist in dieser Hinsicht bescheidener und hat mit zwei verschiedenen Produkten diese Versuche gestartet, die inzwischen seit mehreren Monaten laufen. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder, das zur Kenntnis zu nehmen und dankt für die positive Entgegennahme der Antwort.

Statistik: 8 Geschäfte wurden erledigt, 1 Geschäft wurde überwiesen, 3 neue Geschäfte sind eingegangen. Der Saldo beträgt minus 5.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2009/002: Aydin geb. Demirezen Sengül geb. 1961, türkische Staatsangehörige

E. Wettstein (SP): Frau Aydin hat noch immer Mühe mit der deutschen Sprache. Sie konnte somit einige Fragen nicht verstehen, sodass eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder (4 zu 3) Stimmen für eine Ablehnung gestimmt hat.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Ablehnung des Gesuchs.

2. B2011/016: Genc Hasan geb. 1973, türkischer Staatsangehöriger

Noch nicht behandlungsreif

3. B2011/101: Raage Cali Sacdiyo geb. 1976, somalische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. B2011/120: Tahiri Ismet geb. 1969 und Ehefrau Tahiri geb. Lahi Fexhrie geb. 1970, mit Kind Tahiri Ardit geb. 1997, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

5. B2011/126: Klinaku Ferit geb. 1960, mit Kind Klinaku Leona geb. 2001, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2011/132: Buzhala Fatmir geb. 1984, mit Kind Buzhala Alea geb. 2011, kosovarische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

7. B2011/134: Ghirmai Tedros geb. 1974 und Ehefrau Ghirmai geb. Tzegay Sara geb. 1972, mit Kindern Ghirmai Hermona geb. 2002 und Ghirmai Kokob geb. 2004, eritreische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2011/136: Vinca geb. Zuta Festime geb. 1978 und Ehemann Vinca Izbi geb. 1978, mit Kindern Vinca Luiza geb. 2001 und Vinca Arton geb. 2003, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2011/137: Balla Laszlo geb. 1958, ungarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2011/139: Bedzeti geb. Saliji Anita geb. 1982 und Ehemann Bedzeti Malzim geb. 1980, mit Kindern Bedzeti Fjolla geb. 2004, Bedzeti Ajla geb. 2008 und Bedzeti Nejla geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige

E. Wettstein (SP): Die Familie Bedzeti wird um ein Jahr zurückgestellt. Frau Bedzeti spricht genügend Deutsch, sie hätte ins Bürgerrecht aufgenommen werden können. Die Sprachkenntnisse von Herrn Bedzeti sind aber nicht ausreichend. Die Bürgerrechtskommission empfiehlt ihm einen Deutschkurs zu besuchen und beantragt mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein Jahr. Eine Aufteilung des Gesuchs ist nicht möglich.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

11. B2011/141: Breymann Achim Walter Wolfgang geb. 1958, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2011/142: Ilijazi Nedzad geb. 1973, mit Kind Ilijazi Haris geb. 2011, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2011/144: Leone geb. Huhtasalo Päivi Kristiina geb. 1966, finnische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2011/145: Pejzl Ludek geb. 1953, tschechischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2011/146: Sparano geb. Spiess Christine geb. 1963, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2011/147: Antonio Jonathan Kafuti geb. 1996, angolischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2011/148: Barzanji Danar geb. 1976 und Ehefrau Barzanji geb. Majeed Niyan geb. 1982, mit Kindern Barzanji Lara geb. 2007, Barzanji Alan geb. 2008 und Barzanji Dilan geb. 2011, irakische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2011/149: Bischoff Stefan geb. 1974, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2011/150: Fazliji Zeni geb. 1974 und Ehefrau Fazliji geb. Limani Burbuke geb. 1980, mit Kindern Fazliji Albin geb. 2001 und Fazliji Nahile geb. 2007, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2011/152: Öge Robert geb. 1978, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2011/153: Popaj geb. Zhuniqi Sibehate geb. 1965 und Ehemann Popaj Feim geb. 1964, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

22. B2011/155: Ahmetaj Fitim geb. 1982, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2011/157: Dacic Avdyl geb. 1961 und Ehefrau Dacic geb. Nikqi Naime geb. 1969, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2011/160: Jaama Faarah Warda geb. 1997, somalische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2011/162: Muhametaj Vladimir geb. 1972, albanischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2011/185: Cheruparambil Charles, geb. 2000, österreichischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2011/186: Jasiqi Donat geb. 1998, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin D. Schraft gratuliert allen, die ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen worden sind und wünscht ihnen viel Glück auf dem Weg zu Schweizer Bürgerrecht.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

D. Schraft (Grüne)

J. Lisibach (SVP)

Ch. Benz (SP)